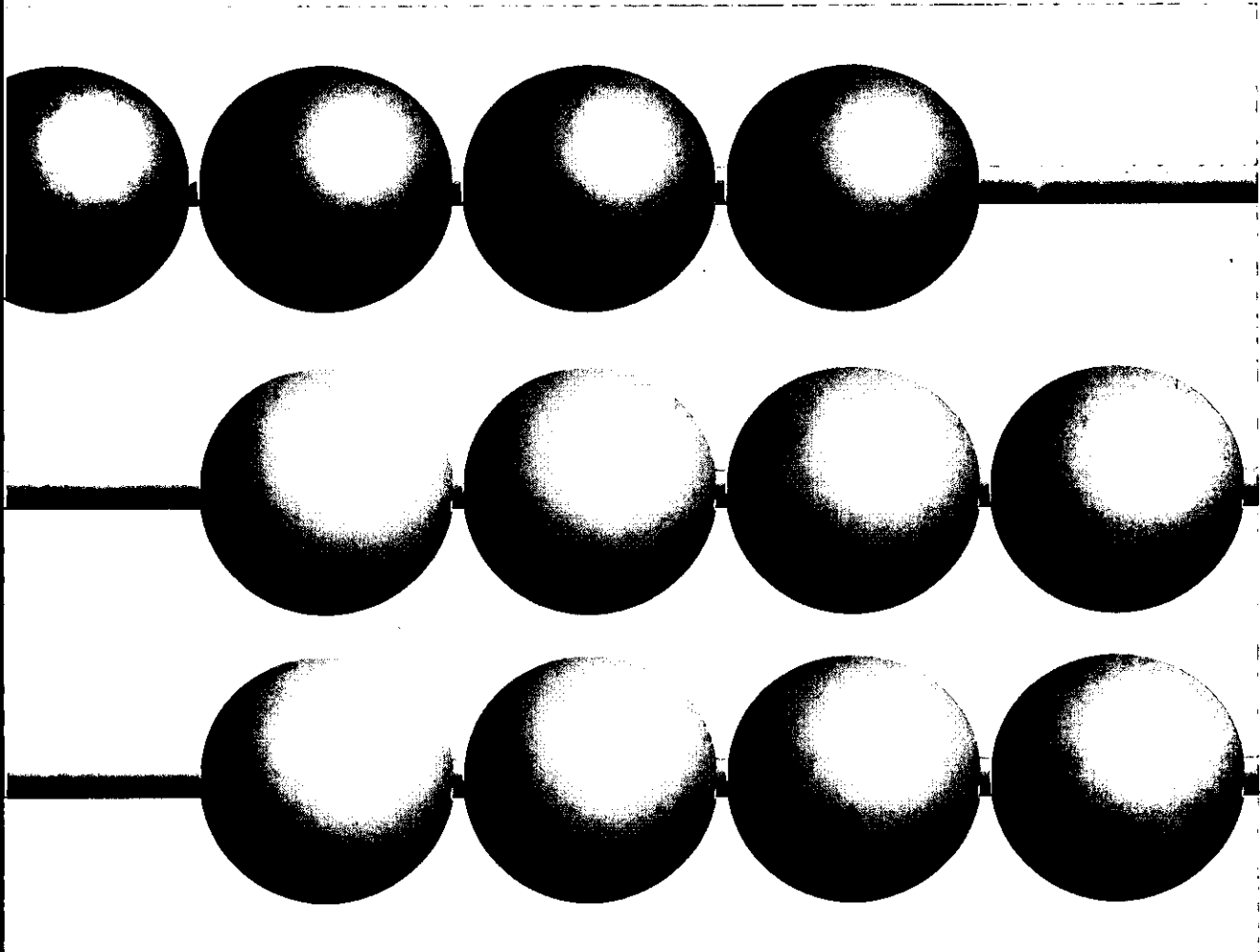


Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

46. Jahrgang, Heft 8
August 1994

Statistisches
Landesamt
Schleswig-Holstein

Europawahl 1994
Preise



**Statistische Monatshefte
Schleswig-Holstein**

Impressum

Herausgeber:
Statistisches Landesamt
Schleswig-Holstein
Postfach 1141
24100 Kiel

Telefon (0431) 6895-0
Telefax (0431) 6895 498
Btx * 444 50 #

Schriftleitung:
Bernd Struck
App. 286
Vertrieb:
App. 280

Druck:
Hugo Hamann, Kiel

Gedruckt auf chlorfrei
gebleichtem Papier

Erscheinungsfolge monatlich

Auflage 700

Einzelheft DM 4,--
Jahresbezug DM 40,--

Nachdruck,
auch auszugsweise,
nur mit Quellenangabe
gestattet.

Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein

46. Jahrgang

• Heft 8

• August 1994

INHALT

Kurz gefaßt 130

Aufsätze

Europawahl in Schleswig-Holstein
am 12. Juni 1994 132

Kiel liegt zwischen Bonn und Hannover –
Ergebnisse des zwischenörtlichen Preisvergleichs..... 143

Entwicklung im Bild..... 147

Beilage

Zahlenbeilage

Weniger Kinder, mehr ältere Menschen ...

... dieses sind zwei wichtige Gesichtspunkte der zukünftigen Entwicklung der schleswig-holsteinischen Bevölkerung, wie sie vom Statistischen Landesamt vorausgerechnet und jetzt als Statistischer Bericht veröffentlicht wurde.

Wurden 1993 noch 28 600 Kinder geboren, so wird diese Zahl von Jahr zu Jahr weiter abnehmen und im Jahre 2010 nur noch 22 000 betragen. Bei einer leicht ansteigenden Zahl der Sterbefälle ergibt sich, daß der Sterbeüberschuß von 2 600 Personen im Jahre 1993 auf über 10 000 Personen im Jahre 2010 ansteigt.

Gleichzeitig wird die Zahl der Menschen im Alter von 60 und mehr Jahren Anfang 2010 die von Anfang 1993 um gut 30 % übersteigen. Hatten diese 559 000 älteren Menschen Anfang 1993 einen Anteil von 21 % an der Gesamtbevölkerung, so werden 731 000 Personen dieser Altersgruppe im Jahre 2010 einen Bevölkerungsanteil von 26 % haben.

Kommen in Schleswig-Holstein heute auf jeden Menschen im Alter von 60 und mehr Jahren knapp drei üblicherweise im Erwerbsleben stehende Personen von 20 bis unter 60 Jahren, so werden im Jahre 2010 rein rechnerisch nur noch etwa zwei im Erwerbsalter stehende Personen zur Versorgung eines älteren Mitbürgers zur Verfügung stehen.

Beschäftigung auch bei den Frauen rückläufig

Ende September 1993 waren in Schleswig-Holstein 833 000 Arbeitnehmer versicherungspflichtig beschäftigt und damit 12 300 oder 1,5 % weniger als zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres. Erstmals seit März 1984 hat sich die Zahl der beschäftigten Frauen wieder verringert.

Im Vergleich zum Beschäftigungsrückgang bei den Männern, deren Zahl um 1,9 % zurückging, fiel der Rückgang bei den Frauen mit -0,9 % jedoch gemäßiger aus. Dabei ist jedoch zu beachten, daß bei den Frauen fast 4 100 Vollzeitarbeitsplätze (-1,5 %) verloren gingen und knapp 800 oder 0,7 % Teilzeitkräfte mehr beschäftigt waren.

Auffällig ist die unterschiedliche Entwicklung in den verschiedenen Wirtschaftsabteilungen. Bei der größten Wirtschaftsabteilung, dem „Verarbeitenden Gewerbe“ ging die Zahl der Beschäftigten binnen Jahresfrist um 11 300 zurück. Nennenswerte Anstiege gab es dagegen nur bei den Abteilungen „Baugewerbe“ (+1 900) und „Dienstleistungen a.n.g.“ (+1 500).

Der Vergleich zum Vorquartal zeigt, daß erwartungsgemäß die Beschäftigtenzahlen in allen Wirtschaftsabteilungen Zuwächse aufwiesen. Dieser saisonale Trend ist nahezu jedes Jahr zum 30. September zu beobachten. An der Spitze lagen diesmal die Zugewinne in „Baugewerbe“ (+2 400) und „Handel“ (+2 300). Insgesamt wurden knapp 7 900 Beschäftigte oder 1,0 % mehr gezählt als am 30. Juni.

Unterschiedlich steigende Verdienste bei Arbeitern und Angestellten

Der durchschnittliche Bruttomonatslohn von Arbeiterinnen und Arbeitern in der schleswig-holsteinischen Industrie (einschließlich Hoch- und Tiefbau mit Handwerk) lag im April 1994 um 4,5 % höher als vor einem Jahr und belief sich auf 3 979 DM.

Frauen erzielten dabei einen Durchschnittslohn von 2 982 DM, das sind 72 % des Verdienstes ihrer männlichen Kollegen.

Angestellte in der Industrie verzeichneten mit einem Zuwachs von 2,6 % eine deutlich niedrigere Steigerungsrate, bei einem durchschnittlichen Bruttomonatsgehalt von 5 505 DM (Frauen 4 096 DM, Männer 6 067 DM) allerdings auf deutlich höherem Niveau.

In den Wirtschaftsbereichen Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe erhöhten sich die Bruttomonatsgehälter im Vorjahresvergleich um 4 % auf 4 154 DM. Weibliche Angestellte bezogen dabei rund 72 % des Durchschnittsgehalts ihrer männlichen Kollegen, das 4 813 DM betrug.

Erneut weniger Schüler in den berufsbildenden Schulen

Im Schuljahr 1993/94 besuchten 93 256 Schülerinnen und Schüler die berufsbildenden Schulen des Landes; dies waren 2 490 oder 3 % weniger als im Vorjahr. Ausgehend vom Schuljahr 1985/86, dem Jahr mit der höchsten Schülerzahl (123 170), ist die Zahl kontinuierlich zurückgegangen auf jetzt drei Viertel des damaligen Wertes.

Die Schülerinnen und Schüler verteilten sich auf 3 521 Klassen mit einer durchschnittlichen Schülerzahl von 26. Der Anteil der Mädchen betrug etwa 45 %. Die ausländischen Schülerinnen und Schüler machten einen Anteil von knapp 4 % aus.

Die meisten Schülerinnen und Schüler in den berufsbildenden Schulen hatten die Realschule mit Erfolg abgeschlossen (45 %), 36 % hatten einen Hauptschulabschluß und 10 % konnten sogar die allgemeine Hochschulreife nachweisen. 6 % der

Schülerinnen und Schüler konnten keinen Hauptschulabschluß vorlegen, 3 % der jungen Menschen hatten eine Fachhochschulreife.

Die mit Abstand bedeutendste Schulart der berufsbildenden Schulen war die Berufsschule, für die sich 70 % der Schülerinnen und Schüler entschieden hatten. Von diesen standen 94 % in einem Ausbildungsverhältnis. Die nächstbedeutende Schulart ist die Berufsfachschule, sie wurde von 9 % der Schülerinnen und Schüler besucht, es folgten die Fachschulen (7 %), die Fachgymnasien (6 %) und die Fachoberschulen (2 %). 4 230 junge Menschen besuchten Schulen des Gesundheitswesens.

Zahl der Ärzte und Zahnärzte steigt

Ende 1993 waren in Schleswig-Holstein 8 831 Ärzte tätig, darunter 2 665 (30 %) Frauen. Gegenüber dem Vorjahr erhöhte sich die Zahl der Ärzte um 322 oder 3,6 %. Ein Arzt betreute damit 305 Einwohner.

3 780 Ärzte arbeiteten in freier Praxis, 3 578 Ärzte waren hauptamtlich in einem Krankenhaus und 889 in Verwaltung, Forschung oder sonstiger ärztlicher Tätigkeit beschäftigt. Weitere 584 Ärzte befanden sich im Praktikum.

Die Zahl der Zahnärzte erhöhte sich ebenfalls gegenüber dem Vorjahr, und zwar um 39 oder 2,0 % auf 1 985. Die Frauen stellen hier einen Anteil von 22 %.

Wohnungsbau bleibt Konjunkturmotor im Bauhauptgewerbe

Die Entwicklung im Bauhauptgewerbe Schleswig-Holsteins wird weiterhin durch die starke Nachfrage im Wohnungsbau begünstigt. Vom Januar bis Mai 1994 stieg die in geleisteten Arbeitsstunden ausgedrückte Bauproduktion im Bauhauptgewerbe gegenüber dem Vorjahr um 3,4 %. Im Wohnungsbau erhöhte sich die Bauproduktion um 16,3 %, dagegen blieben die geleisteten Arbeitsstunden im Wirtschaftsbau (- 6,4 %) sowie im öffentlichen und Verkehrsbau (- 5,5 %) unter dem Vorjahresniveau.

Auch die Auftragslage wurde positiv durch die Nachfrage im Wohnungsbau geprägt. Die von Januar bis Mai dieses Jahres im Bauhauptgewerbe neu geordneten Aufträge erreichten einen gegenüber dem Vorjahr um 7,4 % höheren Wert. Im Wohnungsbau stieg der Umfang der Auftragseingänge im gleichen Zeitraum um 22,2 % und damit in einem weitaus stärkeren Maß als im Wirtschaftsbau (+ 2,2 %). Der öffentliche und Verkehrsbau verfehlte dagegen sein Vorjahresergebnis um 0,9 %.

Die vom Wohnungsbau begünstigte Bauproduktion und Auftragslage führte zu einer Zunahme der Zahl der im Bauhauptgewerbe Beschäftigten um 2,1 %.

Deutliche Ausgabensteigerung in der Jugendhilfe im Jahre 1992

Die Ausgaben für die Jugendhilfe nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG) sind in Schleswig-Holstein 1992 im Vergleich zum Vorjahr um 17 % auf 587 Mill. DM gestiegen. Die Gesamtausgaben für die Jugendhilfe erhöhten sich gegenüber 1991 um 84,7 Mill. DM. Die Steigerung der Ausgaben entstand in der Hauptsache bei den Ausgaben für Tageseinrichtungen für Kinder mit 232,3 Mill. DM (+ 27 %) und Hilfen zur Erziehung mit 194,0 Mill. DM (+ 17 %). Die Ausgaben für die Jugendarbeit blieben nahezu unverändert bei 76,4 Mill. DM.

Den Gesamtausgaben standen 60,3 Mill. DM Einnahmen (z. B. Kostenbeiträge, Erstattungen und Teilnehmerbeiträge) gegenüber, das bedeutet eine Zunahme um 6,9 Mill. DM. Per Saldo verblieben der öffentlichen Hand im Jahre 1992 Mehrausgaben in Höhe von 526 Mill. DM.

Rindfleischerzeugung in den landwirtschaftlichen Betrieben rückläufig

Am 3. Juni 1994 wurden in viehhaltenden Betrieben Schleswig-Holsteins die Bestände an Rindern und Schafen ermittelt. Nach den vorläufigen Ergebnissen ging der Rinderbestand mit 1,40 Mill. Tieren um 3 % weiter zurück. Die Zahl der Schafe verringerte sich ebenfalls um 3 % und unterschritt mit 389 000 Tieren nach fünf Jahren wieder die Schwelle von 400 000 Stück.

Fast 30 % des Rinderbestandes sind Milchkühe (398 000 Tiere). Anteile von je einem Fünftel haben die Nutz- und Zuchtfärsen ab 1 Jahr sowie die nur zur Fleischerzeugung gehaltenen Rinder ab 1 Jahr und männliche Jungrinder zusammen. Von diesen Viehbeständen ging allein die Zahl der oben genannten Mastrinder deutlich (- 6 %) zurück. Der Bestand an Schlachtfärsen ab 1 Jahr verringerte sich in Jahresfrist um 23 %. Die Bestände an männlichen Jungrindern und an Bullen und Ochsen (2 Jahre und älter) sanken jeweils um rd. 10 %.

Um ebenfalls ein Zehntel hat auch die Zahl der Ammen- und Mutterkühe abgenommen.

Europawahl in Schleswig-Holstein am 12. Juni 1994

Wahlrecht

Die Europawahl 1994 wurde – wie auch die vorangegangenen Europawahlen – in den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft nicht mit einheitlichem Wahlrecht durchgeführt. Das Europäische Parlament konnte bisher seinen Auftrag nicht erfolgreich abschließen, nach Artikel 7 des Aktes zur Einführung unmittelbarer Wahlen der Abgeordneten ein einheitliches Wahlverfahren auszuarbeiten. Ein Gesetzentwurf aus dem Jahre 1982 war von den Mitgliedern der Gemeinschaft nicht angenommen worden, und die Arbeiten an einem neuen Entwurf sind bisher nicht zum Abschluß gekommen. So wurde diese vierte Europawahl entsprechend Artikel 7 Absatz 2 des obengenannten Aktes wiederum nach den verschiedenen Rechtsvorschriften der einzelnen Mitgliedstaaten durchgeführt. Für die Europawahl in der Bundesrepublik Deutschland lagen folgende Vorschriften zugrunde:

- Europawahlgesetz (EuWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. März 1994 (BGBl. I S. 423), berichtigt am 14. März 1994 (BGBl. I S. 555),
- Europawahlordnung (EuWO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Mai 1994 (BGBl. I S. 957),
- Bundeswahlgesetz (BWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Juli 1993 (BGBl. I S. 1288, 1594), geändert durch Gesetz vom 10. Mai 1994 (BGBl. I S. 993).

Insgesamt waren bei dieser Europawahl 567 Abgeordnete aus den 12 Mitgliedstaaten zu wählen, darunter 99 aus Deutschland. Bei der Wahl in Deutschland handelte es sich um eine reine Verhältniswahl mit Listenwahlvorschlägen, weshalb auch eine Einteilung des Wahlgebietes in Wahlkreise entfiel. Die Wahlvorschläge konnten in Form einer gemeinsamen Liste für alle Länder (Bundesliste) oder als Liste für ein Land (Landesliste) aufgestellt und eingereicht werden, wobei die vorschlagsberechtigten Parteien und sonstigen politischen Vereinigungen entscheiden konnten, welche Form sie einreichen wollten. Wenn sie sich für die Form der Landeslisten entschieden, konnten sie in jedem Bundesland nur eine Landesliste einreichen, konnten von dieser Entscheidung aber einzelne Länder aussparen. Für die Berechnung der Sitzverteilung galten die Landeslisten eines Vor-

schlagsberechtigten als verbunden, d. h. die erzielten Stimmen zählten zusammen, es sei denn, eine oder mehrere Landeslisten wurden von der Listenverbindung durch Erklärung ausgeschlossen.

Der Wähler hatte bei der Europawahl eine Stimme, mit der er sich für die Liste einer Partei insgesamt entscheiden konnte, nicht aber für bestimmte Bewerberinnen oder Bewerber einer Liste.

Die 99 auf Deutschland entfallenden Sitze wurden nach dem Verfahren der mathematischen Proportion (Hare-Niemeyer) verteilt. Wahlvorschläge mit weniger als fünf von Hundert der bundesweit abgegebenen Stimmen nahmen an der Sitzverteilung nicht teil (Sperrklausel). Im Falle verbundener Landeslisten waren bei der Berechnung zunächst die auf die Listenverbindung insgesamt entfallenden Sitze zu ermitteln. In einem zweiten Rechengang wurden dann wiederum nach Hare-Niemeyer die auf die einzelnen Landeslisten entfallenden Sitze festgestellt. Wie auch bei der Europawahl 1989 war 1994 nur die Listenverbindung der CDU diesem Verfahren unterworfen.

Eine besondere rechtliche Veränderung gegenüber der Europawahl 1989 ergab sich durch die Einführung des Wahlrechtes für Bürger der Mitgliedstaaten der Europäischen Union (Unionsbürger) entsprechend Artikel 8b Absatz 2 des Vertrages über die Europäische Union (Maastrichter Vertrag).

Jeder Unionsbürger mit Wohnsitz in einem Mitgliedstaat, dessen Staatsangehörigkeit er nicht besitzt, besitzt in seinem Wohnsitzland das aktive und passive Wahlrecht bei Wahlen zum Europäischen Parlament nach denselben Bedingungen, wie sie für Staatsangehörige des betreffenden Wohnsitzlandes gelten.

Wollte der Unionsbürger dieses Wahlrecht ausüben, mußte er sich in das Wählerverzeichnis seiner Wohnortgemeinde aufnehmen lassen. Dazu mußte er einen Antrag bei der jeweiligen Gemeindebehörde stellen. In Schleswig-Holstein hatten von den hier wohnhaften rund 22 300 potentiell wahlberechtigten Unionsbürgern 2 306 (rd. 10,4 %) einen Antrag auf Eintragung in das Wählerverzeichnis gestellt. Ob sie allerdings von diesem Wahlrecht letztlich Gebrauch gemacht haben, also ihre Stimme abgegeben haben, ist nicht bekannt.

Zugelassene Wahlvorschläge

Zur Europawahl 1994 in Schleswig-Holstein beteiligten sich folgende 24 Parteien:

1. SPD Sozialdemokratische Partei Deutschlands
2. CDU Christlich Demokratische Union Deutschlands
3. GRÜNE BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN
4. F.D.P. Freie Demokratische Partei
5. REP DIE REPUBLIKANER
6. ÖDP Ökologisch-Demokratische Partei
7. CM CHRISTLICHE MITTE - Für ein Deutschland nach GOTTES Geboten
8. BP Bayernpartei
9. LIGA CHRISTLICHE LIGA Die Partei für das Leben
10. - Bürgerrechtsbewegung Solidarität
11. BSA Bund Sozialistischer Arbeiter, deutsche Sektion der Vierten Internationale
12. APD AUTOFAHRER- und BÜRGERINTERESSEN PARTEI DEUTSCHLANDS
13. - Bund freier Bürger
14. DSU Deutsche Soziale Union
15. GRAUE DIE GRAUEN - Graue Panther
16. NATURGESETZ DIE NATURGESETZ-PARTEI, AUFBRUCH ZU NEUEM BEWUSSTSEIN
17. - Die Unregierbaren - Autonome Liste
18. NPD Nationaldemokratische Partei Deutschlands
19. FORUM NEUES FORUM
20. PBC Partei Bibeltreuer Christen
21. PASS Partei der Arbeitslosen und Sozial Schwachen
22. PDS Partei des Demokratischen Sozialismus
23. - Plattform Europa der ArbeitnehmerInnen und Demokratie
24. STATT Partei
STATT Partei DIE UNABHÄNGIGEN

Die Zahl der zur Europawahl 1994 kandidierenden Parteien und sonstigen politischen Vereinigungen hat gegenüber 1989 nochmals zugenommen. In den Wahlen 1979 hatten sich acht, 1984 zwölf und 1989 einundzwanzig Parteien beworben. Zu dieser Wahl hatten rechtzeitig vor Fristablauf (7. April 1994, 18.00 Uhr) beim Bundeswahlleiter einunddreißig Parteien gemeinsame Listen für alle Länder vorgelegt, von denen dreiundzwanzig (Nrn. 1, 3 bis 24 der Aufstellung) vom Bundeswahlausschuß zugelassen wurden.

In Schleswig-Holstein wie auch in den anderen Bundesländern mit Ausnahme von Bayern hatte die CDU eine Landesliste eingereicht, die vom Landeswahlausschuß zugelassen wurde. Der Landeswahlausschuß in München ließ für die CSU eine Liste für das Land Bayern zu.

Die anderen eingereichten Wahlvorschläge wurden von den Parteien oder sonstigen politischen Vereinigungen selbst zurückgenommen oder vom Bundeswahlausschuß zurückgewiesen, weil z. B. die not-

wendige Zahl der Unterstützungsunterschriften nicht erreicht worden war. Parteien, die nicht im Europäischen Parlament, im Deutschen Bundestag oder in einem Landtag seit deren letzter Wahl aufgrund eigener Wahlvorschläge mit mindestens fünf Abgeordneten vertreten sind, hatten für eine gemeinsame Liste für alle Länder mindestens 4 000 Unterstützungsunterschriften beizubringen. Für eine Landesliste reichten Unterstützungsunterschriften von 1 ‰ der Wahlberechtigten, höchstens 2 000 Wahlberechtigten, des betreffenden Landes bei der Europawahl 1989.

Gegenüber der Europawahl 1989 sind 13 Parteien neu aufgetreten, 10 kandidierten nicht mehr.

Wahlberechtigte und Wahlbeteiligung

Zur Europawahl 1994 waren reichlich 2,1 Millionen Schleswig-Holsteiner und Bürger der übrigen Mitgliedstaaten der Europäischen Union, die in Schleswig-Holstein wohnen und auf Antrag in das Wählerverzeichnis der Wohnortgemeinde eingetragen worden waren, wahlberechtigt.

1994 waren gegenüber der Europawahl 1989 gut 53 000 Personen (+ 2,6 %) mehr wahlberechtigt. Dies beruht wesentlich darauf, daß die Bevölkerung vorwiegend durch Wanderungsgewinne seit 1989 gewachsen ist. 1,093 Millionen (51,8 %) der Wahlberechtigten waren Frauen, und 1,017 Millionen (48,2 %) waren Männer. Etwa 140 000 (6,6 %) der Wahlberechtigten konnten erstmals an einer Europawahl teilnehmen.

Die Zahl der Wahlberechtigten blieb in den vier kreisfreien Städten des Landes mit einem Zuwachs von gut 1 100 Personen (+ 0,2 %) nahezu konstant, während in den Kreisen 52 000 Personen mehr (+ 3,3 %) wahlberechtigt waren als 1989. Die größte absolute und relative Zunahme hatte der Kreis Segeberg mit knapp 11 000 Wahlberechtigten (+ 6,5 %). In der Rangfolge des größten relativen Zuwachses folgten die Kreise Herzogtum-Lauenburg (+ 5,2 %) sowie Pinneberg und Stormarn mit jeweils + 3,7 %. In diesen Kreisen hatte die Bevölkerung seit der Europawahl 1989 am kräftigsten zugenommen.

Von den gut 2,1 Millionen Wahlberechtigten beantragten reichlich 131 000 (6,2 %) einen Wahlschein, das waren 27 000 weniger als zur Europawahl 1989. Seinerzeit hatten 7,7 % der Wahlberechtigten einen Wahlschein beantragt.

Die Wahlbeteiligung zur Europawahl 1994 war die niedrigste der bisher durchgeführten Europawahlen: Nur 51,3 % der wahlberechtigten Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner gingen zur Urne oder gaben ihre Stimme per Briefwahl ab.

Gegenüber 1989 ging die Beteiligung landesweit um 7,1 Prozentpunkte zurück. Insgesamt blieben 1994 reichlich eine Million Wahlberechtigte des Landes der Abstimmung fern. In der kreisweisen Betrachtung zeigen sich die niedrigsten Beteiligungswerte – wie auch von anderen Wahlen bekannt – bei den kreisfreien Städten. Neumünster hatte 1994 mit 43,4 % die geringste Wahlbeteiligung, gefolgt von Flensburg (45,7 %) und Lübeck (46,9 %). Die höchsten Werte wiesen die Kreise Stormarn (55,5 %), Plön (55,4 %)

und Pinneberg (54,0 %) auf. In den vier kreisfreien Städten und im Kreis Nordfriesland ging weniger als jeder zweite Wahlberechtigte zur Abstimmung. In allen kreisfreien Städten fiel die Wahlbeteiligung 1994 geringer aus als 1989, nur unterdurchschnittlich abgenommen hat sie in Flensburg, Kiel, Schleswig-Flensburg, Pinneberg und Segeberg. Mit 10,2 Prozentpunkten fiel der Rückgang der Wahlbeteiligung in Neumünster am höchsten und mit 4,6 Prozentpunkten in Flensburg am niedrigsten aus.

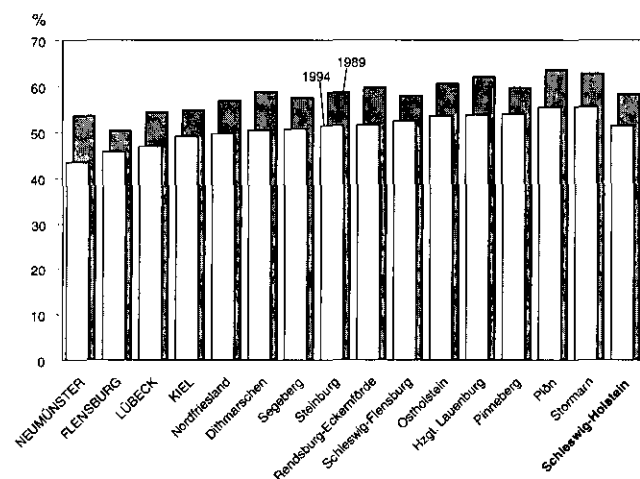
Wahlbeteiligung bei Europawahlen in Schleswig-Holstein

Wahl	Wahlbeteiligung in %
1979	65,6
1984	57,5
1989	58,4
1994	51,3

Ungültige Stimmen

Die Zahl der ungültig abgegebenen Stimmen hat 1994 gegenüber der Europawahl 1989 von knapp 10 000 auf reichlich 12 500 zugenommen. 1994 entspricht dies landesweit einem Anteil von 1,2 % an den insgesamt abgegebenen Stimmen; 1989 hatte der Anteil lediglich 0,8 % betragen. Auffällig ist, daß der Anteil ungültiger Stimmen in den kreisfreien Städten zusammen leicht unterdurchschnittlich ist, in den Kreisen zusammen liegt er gerade im Durchschnitt. In den Kreisen Ostholstein und Steinburg wurden mit jeweils 1,5 % am häufigsten Stimmen ungültig abgegeben.

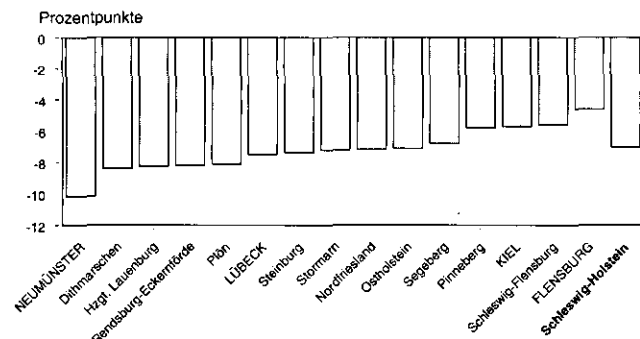
Wahlbeteiligung bei den Europawahlen 1989 und 1994 in den kreisfreien Städten und Kreisen



Verteilung der gültigen Stimmen

Das Europawahl-Ergebnis in Schleswig-Holstein ist beschrieben durch Stimmengewinne der CDU und der GRÜNEN und Verluste der SPD, der F.D.P. und der REP. Gleichzeitig vereinigte die Vielzahl der übrigen Parteien und sonstigen politischen Vereinigungen deutlich mehr Stimmen auf sich als zur Europawahl 1989.

Veränderung der Wahlbeteiligung 1994 gegenüber 1989 in den kreisfreien Städten und Kreisen



Mit 434 000 Stimmen und einem Anteil von 40,6 % wurde die CDU nach 1979 und 1984 zum dritten Mal stärkste Partei bei der insgesamt vierten Direktwahl eines Europäischen Parlaments. Gegenüber der Europawahl 1989 konnte die CDU ihren Stimmenanteil um 4,2 Prozentpunkte verbessern, womit jedoch wegen der gesunkenen Wahlbeteiligung kein zahlenmäßiger Stimmenzuwachs einherging. Nach 1979 und 1984 war es relativ das drittbeste Ergebnis, das die CDU bei einer Europawahl in Schleswig-Holstein erreichte.

Die CDU konnte in allen kreisfreien Städten und Kreisen Stimmenanteile zugewinnen. Am geringsten fielen die Zugewinne in Flensburg (+ 2,7 Prozentpunkte) aus, gefolgt von den Kreisen Schleswig-Flensburg (+ 3,0 Punkte) und Pinneberg (+ 3,4 Punkte), am höchsten waren sie in den Kreisen Ostholstein (+ 6,1 Punkte), Plön und Dithmarschen (jeweils + 5,3 Punkte). Die niedrigsten Stimmenanteile erhielt die CDU erneut in den kreisfreien Städten in derselben Rang

419422 Stat.LA S-H

Europawahl in Schleswig-Holstein am 12. Juni 1994
Verteilung der gültigen Stimmen in den kreisfreien Städten und Kreisen

KREISFREIE STADT Kreis	Wahl	Gültige Stimmen Anzahl	Von den gültigen Stimmen entfallen auf ... in %					
			SPD	CDU	GRÜNE	F.D.P.	REP	Andere ¹
FLENSBURG	EW 89	34 602	49,7	31,2	8,2	4,8	3,7	2,5
	EW 94	31 333	41,5	33,9	12,8	3,3	1,8	6,8
	Veränderung	- 3 269	- 8,2	+ 2,7	+ 4,6	- 1,5	- 1,9	+ 4,3
KIEL	EW 89	104 191	51,4	27,7	9,2	4,7	5,0	2,1
	EW 94	93 105	37,6	31,5	17,5	3,6	2,0	7,9
	Veränderung	- 11 086	- 13,8	+ 3,8	+ 8,3	- 1,1	- 3,0	+ 5,8
LÜBECK	EW 89	92 122	47,3	31,8	6,6	4,5	6,8	2,9
	EW 94	79 730	38,8	36,8	12,4	3,0	2,8	6,2
	Veränderung	- 12 392	- 8,5	+ 5,0	+ 5,8	- 1,5	- 4,0	+ 3,3
NEUMÜNSTER	EW 89	34 119	49,9	32,9	5,4	4,2	4,3	3,3
	EW 94	27 600	40,9	38,0	9,1	3,1	2,3	6,5
	Veränderung	- 6 519	- 9,0	+ 5,1	+ 3,7	- 1,1	- 2,0	+ 3,2
KREISFREIE STÄDTE	EW 89	265 034	49,6	30,2	7,7	4,6	5,4	2,6
	EW 94	231 768	38,9	34,4	14,1	3,3	2,3	7,0
	Veränderung	- 33 266	- 10,6	+ 4,2	+ 6,4	- 1,3	- 3,1	+ 4,4
Dithmarschen	EW 89	59 754	43,9	40,3	4,7	4,6	3,9	2,6
	EW 94	52 131	36,2	45,6	8,1	3,4	2,0	4,8
	Veränderung	- 7 623	- 7,7	+ 5,3	+ 3,4	- 1,2	- 1,9	+ 2,1
Hzgt.Lauenburg	EW 89	76 611	40,3	37,6	6,3	5,9	7,1	2,8
	EW 94	69 629	33,0	41,4	11,4	4,3	2,9	7,0
	Veränderung	- 6 982	- 7,3	+ 3,8	+ 5,1	- 1,6	- 4,2	+ 4,2
Nordfriesland	EW 89	69 067	42,8	40,1	6,3	5,7	2,9	2,1
	EW 94	60 498	35,9	43,6	10,4	4,1	1,2	4,8
	Veränderung	- 8 569	- 6,9	+ 3,5	+ 4,1	- 1,6	- 1,7	+ 2,7
Ostholstein	EW 89	89 560	44,2	37,6	5,3	4,9	5,1	2,9
	EW 94	81 335	36,3	43,7	8,9	3,4	2,3	5,5
	Veränderung	- 8 225	- 7,9	+ 6,1	+ 3,6	- 1,5	- 2,8	+ 2,6

¹ Andere 1994: ÖDP, CM, BP, LIGA, Solidarität, BSA, APD, Bund freier Bürger, DSU, GRAUE, NATURGESETZ, Autonome, NPD, FORUM, PBC, PASS, PDS, PEAD, STATT Partei
 Andere 1989: ÖPD, CM, BP, LIGA, Solidarität, BSA, DKP, ÖKO-UNION, DVU, ZENTRUM, Mündige Bürger, FAP, Arbeitnehmer, HP, MLPD, Bewußtsein, Patrioten

folge wie 1989: Kiel mit dem kleinsten Wert, Flensburg, Lübeck und Neumünster. Die größten Stimmenanteile erhielt die Partei in Dithmarschen (45,6 %), gefolgt von Schleswig-Flensburg und Ostholstein mit jeweils 43,7 %.

Die SPD verlor gegenüber der Europawahl 1989 148 000 Stimmen und konnte mit landesweit insge-

samt 381 000 Stimmen und einem Stimmenanteil von 35,5 % bei dieser Wahl nur Platz zwei erreichen. Gegenüber 1989 büßte sie einen Stimmenanteil von 8,9 Prozentpunkten ein.

Die SPD mußte in allen kreisfreien Städten und Kreisen absolute und relative Stimmenverluste hinnehmen. Relativ waren ihre Verluste am größten in Kiel

Europawahl in Schleswig-Holstein am 12. Juni 1994
Verteilung der gültigen Stimmen in den kreisfreien Städten und Kreisen

KREISFREIE STADT Kreis	Wahl	Gültige Stimmen Anzahl	Von den gültigen Stimmen entfallen auf ... in %					
			SPD	CDU	GRÜNE	F.D.P.	REP	Andere ¹
Pinneberg	EW 89	123 765	42,6	35,8	7,6	6,4	4,6	2,9
	EW 94	115 415	33,8	39,2	13,9	4,5	2,2	6,4
	Veränderung	- 8 350	- 8,8	+ 3,4	+ 6,3	- 1,9	- 2,4	+ 3,5
Plön	EW 89	59 279	46,2	36,4	6,1	5,0	4,3	2,1
	EW 94	52 418	35,9	41,7	11,1	3,6	1,9	5,8
	Veränderung	- 6 861	- 10,3	+ 5,3	+ 5,0	- 1,4	- 2,4	+ 3,7
Rendsburg- Eckernförde	EW 89	115 360	44,7	38,4	6,0	4,9	3,9	2,1
	EW 94	101 882	35,0	42,8	11,1	3,9	1,7	5,6
	Veränderung	- 13 478	- 9,7	+ 4,4	+ 5,1	- 1,0	- 2,2	+ 3,5
Schleswig- Flensburg	EW 89	79 593	43,7	40,7	6,0	4,4	2,9	2,3
	EW 94	73 916	36,8	43,7	9,8	3,3	1,4	5,1
	Veränderung	- 5 677	- 6,9	+ 3,0	+ 3,8	- 1,1	- 1,5	+ 2,8
Segeberg	EW 89	96 611	40,5	38,7	6,9	6,4	4,7	2,7
	EW 94	90 474	32,2	42,4	12,1	4,4	2,1	6,7
	Veränderung	- 6 137	- 8,3	+ 3,7	+ 5,2	- 2,0	- 2,6	+ 4,1
Steinburg	EW 89	59 025	44,6	39,1	5,7	4,5	3,4	2,7
	EW 94	52 349	36,8	42,7	10,4	3,2	1,9	4,9
	Veränderung	- 6 676	- 7,8	+ 3,6	+ 4,7	- 1,3	- 1,5	+ 2,2
Stormarn	EW 89	97 637	39,6	37,3	8,3	7,1	4,9	2,7
	EW 94	89 343	31,5	40,9	14,0	4,6	2,2	6,8
	Veränderung	- 8 294	- 8,1	+ 3,6	+ 5,7	- 2,5	- 2,7	+ 4,0
KREISE	EW 89	926 262	42,9	38,2	6,5	5,6	4,4	2,5
	EW 94	839 390	34,6	42,2	11,3	4,0	2,0	5,9
	Veränderung	- 86 872	- 8,3	+ 4,1	+ 4,9	- 1,6	- 2,4	+ 3,3
Schleswig- Holstein	EW 89	1 191 296	44,4	36,4	6,7	5,3	4,6	2,6
	EW 94	1 071 158	35,5	40,6	11,9	3,8	2,1	6,1
	Veränderung	- 120 138	- 8,9	+ 4,2	+ 5,2	- 1,5	- 2,5	+ 3,6

¹ Andere 1994: ÖDP, CM, BP, LIGA, Solidarität, BSA, APD, Bund freier Bürger, DSU, GRAUE, NATURGESETZ, Autonome, NPD, FORUM, PBC, PASS, PDS, PEAD, STATT Partei
 Andere 1989: ÖPD, CM, BP, LIGA, Solidarität, BSA, DKP, ÖKO-UNION, DVU, ZENTRUM, Mündige Bürger, FAP, Arbeitnehmer, HP, MLPD, Bewußtsein, Patrioten

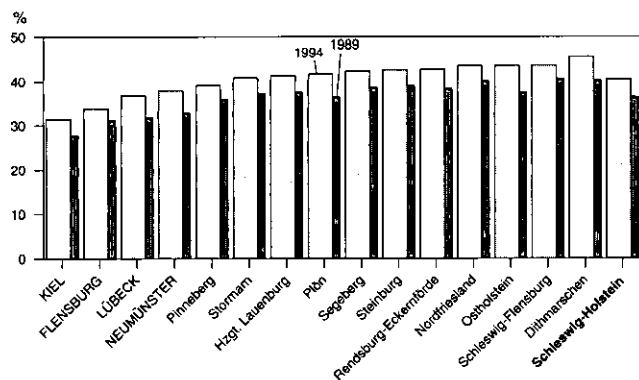
(- 13,8 Punkte) und in Plön (- 10,3 Punkte), gefolgt von Rendsburg-Eckernförde (- 9,7 Punkte). Die geringsten Verluste stellten sich mit jeweils - 6,9 Punkten in den Kreisen Nordfriesland und Schleswig-Flensburg ein, danach folgt der Kreis Herzogtum Lauenburg. Bemerkenswert ist, daß jede achte der landesweit verlorenen Stimmen durch das überdurchschnittlich schlechte Abschneiden der SPD in der

Landeshauptstadt zustande kam. Die größten Stimmenanteile erzielte die SPD wiederum in den kreisfreien Städten, wobei ihr Hochburgen-Merkmal der Europawahl 1989 heute nicht mehr so deutlich zutrifft. Nach Flensburg mit 41,5 % Stimmenanteil folgten Neumünster (40,9 %), Lübeck (38,8 %) und dann erst die Landeshauptstadt mit 37,6 %. 1989 hatten die Stimmenanteile in den kreisfreien Städten noch

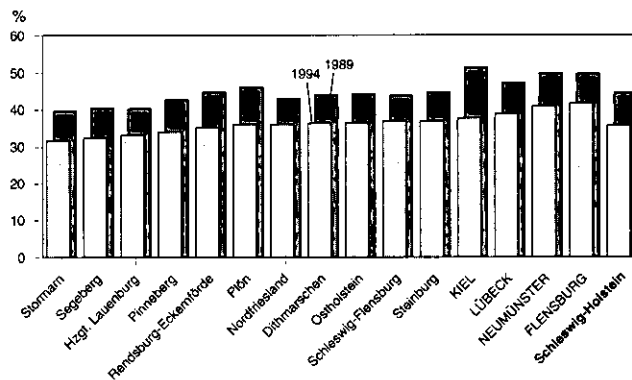
Stimmenmehrheiten der SPD und der CDU in den kreisfreien Städten und Kreisen

KREISFREIE STADT Kreis	Europawahl 1989		Europawahl 1994	
	Partei	Stimmenvorsprung in Prozentpunkten	Partei	Stimmenvorsprung in Prozentpunkten
FLensburg	SPD	18,5	SPD	7,6
Kiel	SPD	23,7	SPD	6,1
Lübeck	SPD	15,5	SPD	2,0
Neumünster	SPD	17,0	SPD	2,9
Dithmarschen	SPD	3,6	CDU	9,4
Herzogtum Lauenburg	SPD	2,7	CDU	8,4
Nordfriesland	SPD	2,7	CDU	7,7
Ostholstein	SPD	6,6	CDU	7,4
Pinneberg	SPD	6,8	CDU	5,4
Plön	SPD	9,8	CDU	5,8
Rendsburg-Eckernförde	SPD	6,3	CDU	7,8
Schleswig-Flensburg	SPD	3,0	CDU	6,9
Segeberg	SPD	1,8	CDU	10,2
Steinburg	SPD	5,5	CDU	5,9
Stormarn	SPD	2,3	CDU	9,4

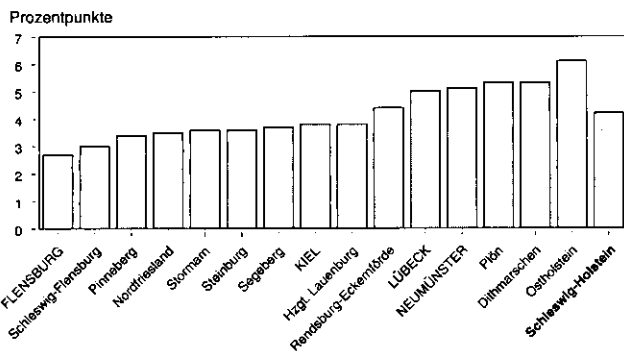
Stimmenanteile der CDU 1989 und 1994 in den kreisfreien Städten und Kreisen



Stimmenanteile der SPD 1989 und 1994 in den kreisfreien Städten und Kreisen

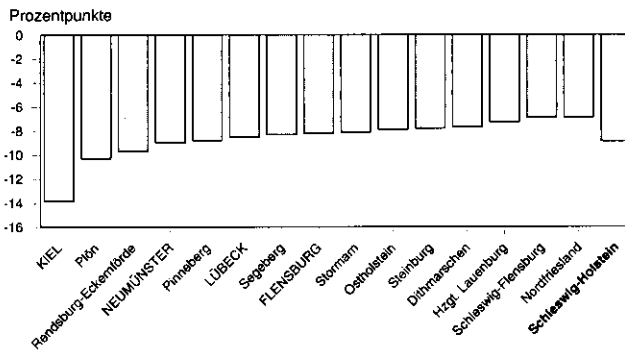


Veränderung der Stimmenanteile der CDU 1994 gegenüber 1989 in den kreisfreien Städten und Kreisen



419424 Stat.LA S-H

Veränderung der Stimmenanteile der SPD 1994 gegenüber 1989 in den kreisfreien Städten und Kreisen



419426 Stat.LA S-H

bei 50 % gelegen. Die niedrigsten Stimmenanteile hatte die SPD in den Kreisen Stormarn (31,5 %), Segeberg (32,2 %) und Herzogtum Lauenburg (33,0 %).

Die Stimmenmehrheiten der beiden großen Parteien CDU und SPD in den kreisfreien Städten und Kreisen waren 1994 wieder wie 1984. 1989 war es der SPD gelungen, alle Kreise, die bis dahin von der Stimmenmehrheit her an die CDU gefallen waren, zu den kreisfreien Städten hinzuzugewinnen. Dieses hat sich jetzt nicht wiederholt: Alle Kreise gingen mit Stimmenmehrheit wieder an die CDU, und nur die kreisfreien Städte blieben der SPD.

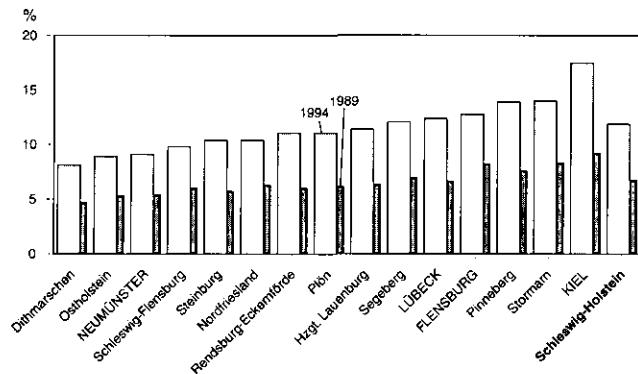
Einen Gewinn gegenüber der Europawahl 1989 von knapp 48 000 Stimmen konnten die GRÜNEN für sich verbuchen. Hatten sie 1989 landesweit einen Stimmenanteil von 6,7 % gehabt, so stieg dieser jetzt um 5,2 Prozentpunkte auf 11,9 %. Die GRÜNEN wurden damit zum dritten Mal drittstärkste Partei in Schleswig-Holstein bei einer Europawahl. Die GRÜNEN gewannen in allen kreisfreien Städten und Kreisen Stimmen hinzu. Relativ die größten Zuwächse hatten sie in Kiel (+ 8,3 Punkte), Pinneberg

(+ 6,3 Punkte) und Lübeck (+ 5,8 Punkte), die geringsten Verbesserungen des Stimmenanteils in den Kreisen Dithmarschen (+ 3,4 Punkte), Ostholstein (+ 3,6 Punkte) und in der kreisfreien Stadt Neumünster (+ 3,7 Punkte).

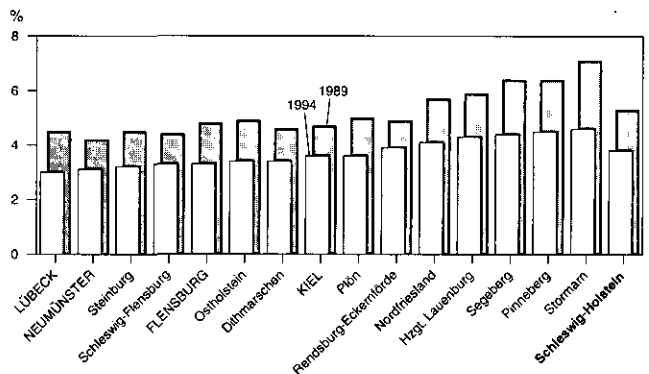
Den größten Stimmenanteil erzielten die GRÜNEN bei der Europawahl 1994 mit 17,5 % in der Landeshauptstadt Kiel, danach folgen die Kreise Stormarn (14,0 %) und Pinneberg (13,9 %). Aber auch in den Gebieten mit den geringsten Anteilen blieben sie deutlich über der 5 %-Grenze, nämlich in Dithmarschen (8,1 %), Ostholstein (8,9 %), Neumünster (9,1 %) und Schleswig-Flensburg (9,8 %). In allen übrigen kreisfreien Städten und Kreisen lagen die Stimmenanteile über 10 %.

Neben der SPD mußte auch die F.D.P. Stimmenverluste hinnehmen, und zwar landesweit knapp 23 000 Stimmen. Relativ verlor die Partei einen Stimmenanteil von 1,5 Prozentpunkten und gelangte damit landesweit unter die 5 %-Grenze; hatte sie zur Europawahl 1989 landesweit noch 5,3 % erzielt, waren es bei dieser Wahl nur noch 3,8 %. Die F.D.P. verlor Stimmen in allen kreisfreien Städten und Kreisen. Die

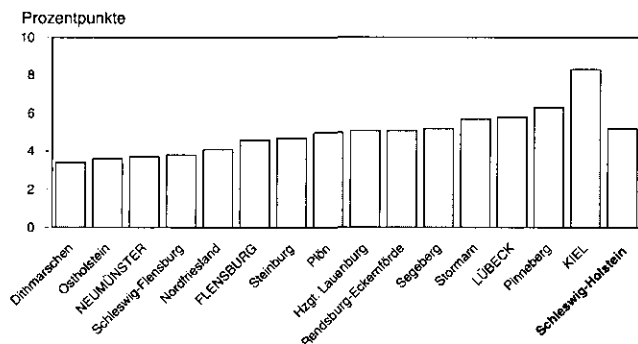
Stimmenanteile der GRÜNEN 1989 und 1994 in den kreisfreien Städten und Kreisen



Stimmenanteile der F.D.P. 1989 und 1994 in den kreisfreien Städten und Kreisen

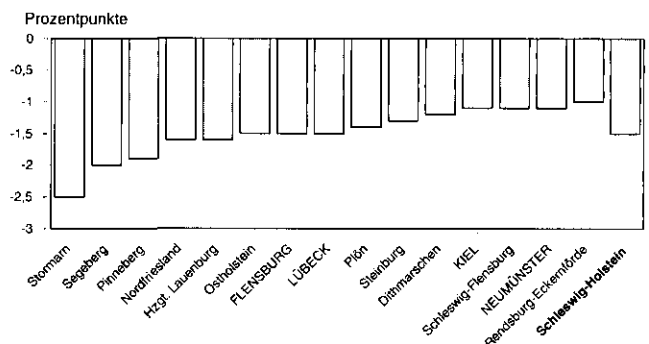


Veränderung der Stimmenanteile der GRÜNEN 1994 gegenüber 1989 in den kreisfreien Städten und Kreisen



419428 Stat.LA S-H

Veränderung der Stimmenanteile der F.D.P. 1994 gegenüber 1989 in den kreisfreien Städten und Kreisen



419430 Stat.LA S-H

größten relativen Verluste mußte sie in den Kreisen Stormarn (- 2,5 Punkte), Segeberg (- 2,0 Punkte) und Pinneberg (- 1,9 Punkte) hinnehmen. In diesen Kreisen hatte sie 1989 ihre besten Ergebnisse erzielt. Relativ am wenigsten Stimmen verlor die F.D.P. in Rendsburg-Eckernförde (- 1,0 Punkte) und in Kiel, Neumünster und Schleswig-Flensburg mit jeweils - 1,1 Punkten.

Am besten schnitt die F.D.P. – wie bereits 1989 – in den Kreisen Stormarn mit einem Stimmenanteil von 4,6 %, Pinneberg (4,5 %) und Segeberg (4,4 %) ab. Ihre schlechtesten Ergebnisse erzielte sie in Lübeck (3,0 %), Neumünster (3,1 %) und Steinburg (3,2 %). Die F.D.P. blieb also in allen kreisfreien Städten und Kreisen unter jenen 5 %, die bei den nationalen Wahlen für die Verteilung von Parlamentssitzen eine Sperrklausel darstellen.

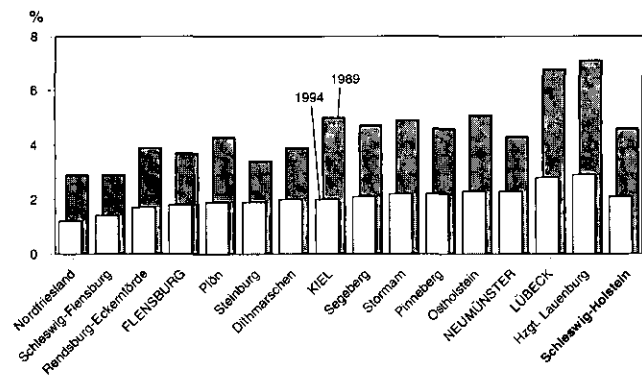
Die REP verloren bei der Europawahl 1994 etwa 60 % der Stimmen, die sie 1989 auf sich vereinigen konnten. 33 000 Stimmen weniger bedeuten einen Verlust im Stimmenanteil von 2,5 Prozentpunkten auf 1994 nur noch 2,1 %. Die REP verloren in allen kreisfreien Städten und Kreisen zwischen 1,5 Punk-

ten (Schleswig-Flensburg und Steinburg) und 4,2 Punkten (Herzogtum Lauenburg). Besonders in ihren „Hochburgen“ von 1989, Herzogtum Lauenburg und Lübeck, waren die Werte weit überdurchschnittlich. Die höchsten Stimmenanteile erzielten die REP dennoch im Herzogtum Lauenburg (2,9 %) und Lübeck (2,8 %), gefolgt von Ostholstein (2,3 %), die schlechtesten Ergebnisse hatten sie in Nordfriesland (1,2 %), Schleswig-Flensburg (1,4 %) und Rendsburg-Eckernförde (1,7 %).

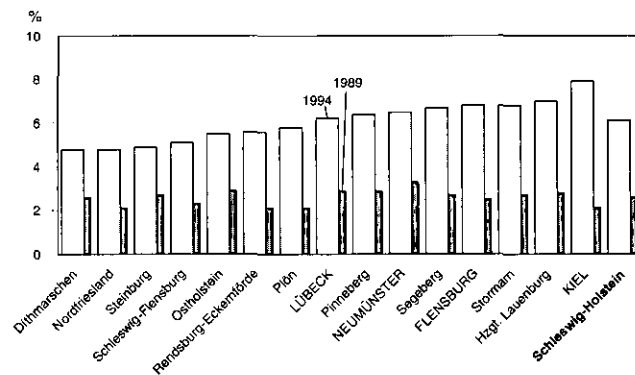
Die anderen neunzehn Parteien und sonstigen politischen Vereinigungen erzielten bei der Europawahl 1994 66 000 Stimmen oder einen Stimmenanteil von 6,1 %. Die etwas anders zusammengesetzte Gruppe der sechzehn übrigen Parteien bei der Europawahl 1989 hatte dagegen lediglich einen Stimmenanteil von 2,6 % verbucht.

Einige dieser Parteien haben deutlich erkennbare Schwerpunkte ihrer Wählerschaft in bestimmten kreisfreien Städten und Kreisen. So wurden z. B. die GRAUEN in Flensburg, die NPD im Kreis Herzogtum Lauenburg und die PDS in Kiel überdurchschnittlich häufig gewählt.

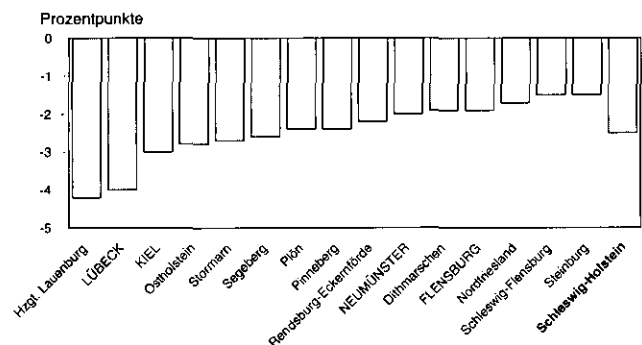
Stimmenanteile der REP 1989 und 1994 in den kreisfreien Städten und Kreisen



Stimmenanteile der anderen Parteien 1989 und 1994 in den kreisfreien Städten und Kreisen

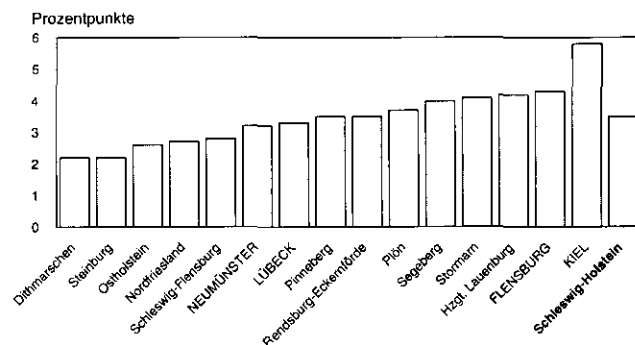


Veränderung der Stimmenanteile der REP 1994 gegenüber 1989 in den kreisfreien Städten und Kreisen



419432 Stat.LA S-H

Veränderung der Stimmenanteile der anderen Parteien 1994 gegenüber 1989 in den kreisfreien Städten und Kreisen



419434 Stat.LA S-H

**Europawahl 1994 in Schleswig-Holstein:
Parteien mit weniger als 2 % der gültigen
Stimmen**

Partei	Gültige Stimmen	Stimmenanteil in %
Bund freier Bürger	14 207	1,3
STATT Partei	8 807	0,8
GRAUE	8 221	0,8
PDS	7 213	0,7
APD	6 540	0,6
ÖDP	4 096	0,4
Naturgesetz	3 136	0,3
NPD	2 308	0,2
PBC	2 144	0,2
CM	1 581	0,1
PASS	1 465	0,1
Autonome	1 281	0,1
FORUM	1 219	0,1
BP	946	0,1
DSU	715	0,1
LIGA	667	0,1
Solidarität	468	0,0
BSA	329	0,0
PEAD	197	0,0
Insgesamt	65 540	6,1

Insgesamt haben die anderen Parteien Stimmengewinne gegenüber der letzten Europawahl in allen kreisfreien Städten und Kreisen erzielt, am geringsten in Dithmarschen (+ 2,1 Punkte) und Steinburg (+ 2,2 Punkte) und am meisten in Kiel (+ 5,8 Punkte) und Flensburg (+ 4,3 Punkte). Die größten Stimmenanteile entfielen auf die sonstigen Parteien in Kiel (7,9 %) und Herzogtum Lauenburg (7,0 %), die niedrigsten in Dithmarschen und Nordfriesland mit jeweils 4,8 %.

Briefwähler

Reichlich 131 000 (6,2 %) Wahlberechtigte zur Europawahl 1994 hatten sich einen Wahlschein ausstellen lassen. 1989 waren es knapp 160 000 oder 7,7 % der Wahlberechtigten gewesen. Von den Wahlberechtigten mit Wahlschein wählten 1994 7 100 (5,4 %) im Wahllokal und 114 000 (86,4 %) mittels Briefwahl. Die Briefwähler hatten 1994 einen Anteil von 10,5 % an allen Wählerinnen und Wählern. 1989 waren es 11,7 % gewesen.

Die Briefwähleranteile sind in den kreisfreien Städten und Kreisen sehr unterschiedlich ausgefallen. Lübeck (13,5 %), Kiel (13,3 %) und Pinneberg (12,1 %) ver-

zeichneten die höchsten Anteile, in Steinburg und Dithmarschen (jeweils 8,6 %) sowie in Plön (8,7 %) waren die Anteile am niedrigsten.

Bei der Europawahl 1994 bestätigte sich erneut, daß die Präferenzstruktur der Briefwähler eine andere ist als die der Urnenwähler. Die CDU erhielt bei den Briefwahlen einen Stimmenanteil von 44,9 %, d. h. 4,9 Prozentpunkte mehr als bei den Urnenwählern. Dagegen erzielte die SPD lediglich einen Anteil von 28,6 % bei den Briefwählern, 7,7 Prozentpunkte weniger als bei den Urnenwählern. Die Ursache dafür kann in der Zusammensetzung der Briefwähler nach dem Alter vermutet werden: Alte Menschen sind – wie man aus vielen repräsentativen Wahlstatistiken weiß – unter den Briefwählern stärker vertreten als unter den Urnenwählern, und sie wählen überdurchschnittlich häufig die CDU und unterdurchschnittlich die SPD. Auch die GRÜNEN, die F.D.P. und die anderen Parteien und sonstigen politischen Vereinigungen erhielten – wenn auch geringfügig – höhere Stimmenanteile bei den Briefwählern. Das Gewicht der Briefwähler ist insgesamt jedoch relativ gering, es ist bei allen Parteien unter einem Prozentpunkt der Urnenwahlstimmen.

Europawahl 1994 in Schleswig-Holstein

Partei	Urnenwahl	Briefwahl	Insgesamt
	Stimmenanteile in %		
CDU	40,0	44,9	40,6
SPD	36,3	28,6	35,5
GRÜNE	11,8	12,9	11,9
F.D.P.	3,8	4,1	3,8
REP	2,1	2,1	2,1
Andere	6,0	7,4	6,1

Ergebnisse für Deutschland

- Stimmenverteilung -

Das Bundesergebnis schließt erstmals im Rahmen einer Europawahl das Wahlgebiet der Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen mit ein. Die Zahl der Wahlberechtigten hat sich deshalb gegen 1989 sprunghaft auf 60,5 Mill. Personen erhöht. 1989 waren es noch 45,8 Mill. Personen gewesen. An der Europawahl 1994 beteiligten sich 60,0 % der Wahlberechtigten, in den alten Ländern (ohne Berlin) waren es 59,4 %, in den neuen Ländern (ohne Berlin) 64,1 %. Die Beteiligung an der Europawahl 1994 wurde in einigen Ländern durch gleichzeitig stattfindende Kommunalwahlen stark positiv beeinflusst.

Europawahl 1994 in Deutschland

Land	Wahlbeteiligung in %	Stimmenanteile in % von						
		CDU/CSU	SPD	GRÜNE	F.D.P.	REP	PDS	Andere
Schleswig-Holstein	51,3	40,6	35,5	11,9	3,8	2,1	0,7	5,4
Hamburg	51,7	32,1	34,6	18,4	3,7	3,1	1,4	6,7
Niedersachsen	52,7	39,7	39,6	9,8	3,9	2,4	0,7	3,9
Bremen	52,7	28,0	40,7	16,0	4,6	3,0	2,1	5,6
Nordrhein-Westfalen	59,5	37,0	40,1	11,2	4,3	2,7	0,6	4,1
Hessen	56,4	37,0	34,9	12,2	4,7	4,6	0,8	5,8
Rheinland-Pfalz	74,3	40,7	38,2	8,7	4,0	3,7	0,4	4,3
Baden-Württemberg	66,4	42,0	26,6	13,2	5,2	5,9	0,5	6,7
Bayern	56,4	48,9	23,7	8,7	3,3	6,6	0,4	8,3
Saarland	74,1	35,6	43,4	8,2	3,7	4,3	0,4	4,3
Berlin	53,5	28,4	28,1	14,3	3,2	3,3	15,9	6,8
Mecklenburg-Vorpommern	65,8	33,6	22,5	4,8	2,3	2,6	27,3	6,9
Brandenburg	41,5	23,4	36,9	4,6	2,7	2,3	22,6	7,4
Sachsen-Anhalt	66,1	30,1	27,9	5,7	4,7	2,8	18,9	9,9
Thüringen	71,9	35,8	26,0	6,0	4,3	2,9	16,9	8,1
Sachsen	70,2	39,2	21,0	5,6	3,8	3,5	16,6	10,2
Deutschland	60,0	38,8	32,2	10,1	4,1	3,9	4,7	6,3

In Rheinland-Pfalz (74,3 %), Baden-Württemberg (66,4 %), Saarland (74,1 %), Mecklenburg-Vorpommern (65,8 %), Sachsen-Anhalt (66,1 %), Thüringen (71,9 %) und Sachsen (70,2 %) lagen die Werte deutlich über dem Durchschnitt. Mit Ausnahme einer etwa durchschnittlichen Teilnahme in Nordrhein-Westfalen war ansonsten nur ein weit unterdurchschnittliches Interesse an der Wahl festzustellen, in Brandenburg lag es gar nur bei 41,5 %.

Bundesweit kandidierten über das Parteienspektrum in Schleswig-Holstein hinaus noch die CSU in Bayern und die Familie im Saarland mit Landeslisten.

CDU und CSU zusammengefaßt wurden 1994 mit bundesweit 38,8 % der gültigen Stimmen wiederum stärkste Gruppierung bei einer Europawahl, die SPD erreichte mit 32,2 % Platz zwei, danach folgten die GRÜNEN mit 10,1 %, die PDS mit 4,7 %, die F.D.P. mit 4,1 %, die REP mit 3,9 % und alle anderen Parteien und sonstigen politischen Vereinigungen mit zusammen 6,3 %. Mit Ausnahme des Bundes freier Bürger (1,1 %) blieben die anderen Parteien und sonstigen politischen Vereinigungen im Stimmenanteil deutlich unter 1 %.

Die Vergleichbarkeit der Ergebnisse 1994 mit denen von 1989 und von Länderergebnissen mit Bundesergebnissen ist insofern erschwert, als in den neu hinzugekommenen Bundesländern (ohne Berlin) die PDS insgesamt 19,2 % der gültigen Stimmen erhielt,

in den alten Bundesländern aber bedeutungslos blieb. Deshalb sollen die schleswig-holsteinischen Ergebnisse im folgenden mit denen der alten Bundesländer (ohne Berlin) verglichen werden. Danach hat die CDU in Schleswig-Holstein mit einem Stimmenanteil von 40,6 % fast genau das Ergebnis der CDU/CSU in den alten Bundesländern (40,5 %) erzielt. Das schleswig-holsteinische Resultat liegt nach Bayern (CSU 48,9 %), Baden-Württemberg (42,0 %) und Rheinland-Pfalz (40,7 %) an vierter Stelle.

Ihr bestes Ergebnis unter den alten Bundesländern erzielte die SPD im Saarland (43,4 %), gefolgt von Bremen (40,7 %) und Nordrhein-Westfalen (40,1 %). Die Partei erzielte mit 35,5 % in Schleswig-Holstein ein überdurchschnittliches Ergebnis und rangiert damit an sechster Stelle der Rangfolge unter den alten Bundesländern.

Die GRÜNEN erreichten in den alten Bundesländern 11,0 % Stimmenanteil und erzielten ihre besten Ergebnisse in Hamburg (18,4 %), Bremen (16,0 %) und Baden-Württemberg (13,2 %). Das schleswig-holsteinische Ergebnis war mit 11,9 % überdurchschnittlich und damit das fünfthöchste.

Das F.D.P.-Ergebnis für Schleswig-Holstein war mit 3,8 % Stimmenanteil unterdurchschnittlich und rangiert unter den schlechtesten Länderergebnissen; in den alten Bundesländern vereinigte die Partei 4,2 % der gültigen Stimmen auf sich.

Ebenfalls 4,2 % in den alten Bundesländern erreichten die REP. In Schleswig-Holstein erzielten sie mit 2,1 % ihr schlechtestes Länderergebnis.

Sitzverteilung

Weil sich ihr Wahlgebiet um die neuen Länder vergrößert hat, hat die Bundesrepublik Deutschland nunmehr einen höheren Anteil an der Bevölkerung der Europäischen Gemeinschaft. Im Europäischen Parlament nimmt sie statt bisher 81 (Europawahl 1989) jetzt 99 Sitze ein. Von diesen 99 auf deutsche Bewerber entfallende Sitze erhielt die SPD 40, die CDU 39, die GRÜNEN 12 und die CSU (Landesliste Bayern) 8.

Das Ergebnis 1989 bei 81 Sitzen hatte dagegen gelautet: Direkt gewählt für die SPD 30, CDU 24, GRÜNE 7, CSU 7, F.D.P. 4, REP 6 und drei Abge-

ordnete, jeweils einer von CDU, SPD, AL, die mittelbar durch das Berliner Abgeordnetenhaus gewählt worden waren.

Von den 1994 von der CDU gewonnenen 39 Sitzen entfiel einer auf die CDU-Landesliste Schleswig-Holstein. Für einen zweiten Sitz fehlten ihr lediglich rund 24 000 Stimmen; 1989 hatten am zweiten Sitz über 100 000 Stimmen gefehlt.

Neben einem CDU-Abgeordneten aus Schleswig-Holstein zieht ein weiterer Abgeordneter aus dem Lande in das vierte direkt gewählte Europäische Parlament ein, und zwar über die Bundesliste der SPD. Von den Abgeordneten der GRÜNEN stammt keiner aus Schleswig-Holstein, und die 1989 noch ins Europaparlament gewählten Parteien F.D.P. und REP, von denen ein Abgeordneter seine Wohnung in Schleswig-Holstein hatte, scheiterten 1994 an der 5 %-Hürde.

Gerhard Winck

Kiel liegt zwischen Bonn und Hannover – Ergebnisse des zwischenörtlichen Preisvergleichs

Geographisch gesehen liegt Kiel bekanntermaßen eher zwischen Nord- und Ostsee. Mit der im Titel dieses Beitrags erwähnten Lage der Landeshauptstadt zwischen Bonn und Hannover ist dagegen das Ergebnis des zwischenörtlichen Preisvergleichs gemeint, einer Erhebung zum Verbraucherpreisniveau in 50 deutschen Städten, die im September/Oktober 1993 durchgeführt wurde. Neben einigen Erläuterungen zu den Zielen und zur Methodik wird in diesem Beitrag das Ergebnis dieser Statistik in Blick auf Kiel dargelegt, der einzigen aus Schleswig-Holstein einbezogenen Gemeinde.¹

Regionaler Vergleich als Aufgabe der Preisstatistik

Die Preisstatistik ist eines der wichtigsten Arbeitsfelder der amtlichen Statistik. Laufend wird eine Vielzahl von Preisindizes berechnet und veröffentlicht, die die Preisentwicklung auf fast allen Ebenen des wirtschaftlichen Geschehens erfassen. Der Entwicklung der Verbraucherpreise kommt dabei eine herausragende Rolle zu, werden sie doch als Maß zur Bestimmung der Inflation herangezogen. Alle Indizes beruhen auf Preisen für eine jeweils repräsentative Auswahl von Gütern bzw. Dienstleistungen, die am Markt gehandelt werden. Für die Indexberechnung gehen die Preise für die einzelnen Positionen der „Warenkörbe“ dabei – verdichtet nach Warengruppen – mit bestimmten Gewichten ein, die ihrer jeweiligen Bedeutung, z. B. im privaten Verbrauch entsprechen. Der Preisindex der Lebenshaltung erfaßt in seiner methodischen Konstruktion jedoch nur die Preisentwicklung im Zeitverlauf. Der Aspekt räumlicher Preisunterschiede ist von hohem analytischen Interesse, eine Bestimmung örtlicher Unterschiede im Preisniveau ist aber mit den laufenden Erhebungen nicht möglich.

Die letzte Erhebung zu diesem Thema war im Jahre 1978 als 31-Städte-Vergleich durchgeführt worden², ihre Ergebnisse sind also stark veraltet. Das Interes-

se an aktuellen Aussagen stieg mit der Wiedervereinigung Deutschlands: Zur Steuerung wirtschaftspolitischer Maßnahmen bedarf es auch gesicherter statistischer Informationen über Unterschiede im Preisniveau zwischen west- und ostdeutschen Regionen. Nach langwierigen Vorbereitungen wurde mit der Verordnung zur Durchführung einer Bundesstatistik für örtliche Verbraucherpreise vom 13. April 1993 (Preisstatistikverordnung - PreisStatV, BGBl. I, S. 445) die notwendige Rechtsgrundlage für eine Erhebung in nunmehr 50 Städten der alten und neuen Bundesländer im September und Oktober 1993 geschaffen.

Preise für Güter der Lebenshaltung

Mit dem zwischenörtlichen Preisvergleich werden Verbraucherpreise für eine Reihe von Waren und Dienstleistungen erhoben, die als repräsentativ für den privaten Verbrauch angesehen werden können. Der Warenkorb umfaßt dabei 370 Positionen in einzelnen Warengruppen. Den einzelnen Positionen sind Gewichte zugeordnet, die aus der Statistik der laufenden Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte berechnet werden und die ihre relative Bedeutung in der gesamten Lebenshaltung widerspiegeln. Dieses bundeseinheitliche Wägungsschema liegt auch dem

Gütergruppe	Anzahl Einzelpositionen	Wägungsanteil (%)
Gesamtlebenshaltung (ohne Wohnungsmiete)	370	1000
Nahrungs- und Genußmittel	129	261,7
Bekleidung und Schuhe	45	78,8
Energie (ohne Kraftstoffe)	11	74,8
Güter für die Haushaltsführung	58	86,9
Güter für die Gesundheits- und Körperpflege	26	46,2
Güter für Verkehr und Nachrichtenübermittlung	34	236,6
Güter für Bildung, Unterhaltung und Freizeit	55	125,6
Güter für die persönliche Ausstattung und sonstige Güter	12	89,4

¹ Ausführliche Darstellung der statistischen Methoden und der Ergebnisse zu allen einbezogenen Gemeinden in *Wirtschaft und Statistik*, Heft 6/1994 sowie als Sonderbeitrag in der Fachserie 17, Reihe 10 des Statistischen Bundesamtes

² Rostin, W., Zwischenörtlicher Vergleich des Verbraucherpreisniveaus in 31 Städten, in: *Wirtschaft und Statistik*, Heft 6/1979, S. 403ff

Preisindex der Lebenshaltung zugrunde, der monatlich für die alten Bundesländer berechnet wird. Aus methodischen Gründen und wegen eines zu hohen Erhebungsaufwandes sind Preise für Wohnungsmieten von der Erhebung ausgenommen. Die Wägungsziffern für einzelne Gütergruppen sind deshalb entsprechend umgerechnet.

Herkömmlicherweise dient die bisherige Bundeshauptstadt Bonn als Bezugsgemeinde für nationale und internationale Preisvergleiche. Aus diesem Grund sind die unten aufgeführten, bundeseinheitlichen Wägungsziffern in ihrer Preiskomponente auf die Durchschnittspreise in Bonn umgerechnet.

In der Wägung aller einbezogenen Güter bezieht sich der kleinere Teil (etwa ein Viertel) auf Dienstleistungen und Reparaturen und überwiegend (zu etwa drei Viertel) auf Waren; hiervon sind Verbrauchs- und Gebrauchsgüter annähernd gleich bedeutsam.

Die auch aus der Sicht der Verbraucher bedeutsamste Gütergruppe stellen die Nahrungs- und Genussmittel (Getränke und Tabakwaren) dar, deren Gewicht allein mehr als ein Viertel des gesamten Warenkorb ausmacht. Mit geringem Abstand folgt die Gruppe des Verkehrs und der Nachrichtenübermittlung, die alle relevanten Produkte und Dienstleistungen wie z. B. Neuwagen, Taxifahrt oder Busfahrt umfaßt.

Jede der 370 repräsentativ ausgewählten Erhebungspositionen wurde hinsichtlich Typ, Marke, Größe und Menge der Ware bzw. Dienstleistung exakt definiert, um die Vergleichbarkeit der Preise sicherzustellen. Unterschiedliche Preise in verschiedenen Orten sollen schließlich nicht auf qualitative oder quantitative Unterschiede eines Produktes bzw. einer Dienstleistung zurückzuführen sein, sondern regionale Preisunterschiede deutlich machen. Für jede Erhebungsposition ist dabei eine bestimmte Anzahl (je nach erwarteter Streuung zwischen 1 bis 7) von Einzelpreisen festzustellen.

Die Preise wurden i. d. R. durch erfahrene Mitarbeiter aus der laufenden Preisstatistik im Oktober 1993 erhoben. Für eine Reihe von Saisonartikeln, deren Preise kurzfristig stark schwanken können (z. B. Frischobst und -gemüse), war am 15. September eine Stichtagserhebung vorgeschaltet. Erfragt wurden sogenannte „Effektivpreise“, also Preise, die für die Ware bzw. Dienstleistung bei Barzahlung abzüglich etwaiger Rabatte oder Skonto gezahlt werden müssen. Listenpreise sollten nur für Waren verwendet werden, wenn diese nicht vorrätig sind, aber prinzipiell angeboten und auf Anfrage bestellt werden können. Sonderangebote wurden als Preismeldung nur zugelassen, wenn diese längerfristig, i. d. R. für mehr als vier Wochen gültig sind.

Ausgewählte Berichtsgemeinden und Berichtsstellen

Die Erhebung wurde in 50 deutschen Städten durchgeführt, davon in 33 westdeutschen Gemeinden und 17 Gemeinden der neuen Bundesländer. Kiel wurde dabei – wie zuletzt 1978 – als einzige Stadt Schleswig-Holsteins für den zwischenörtlichen Preisvergleich berücksichtigt. Die ausgewählten Orte sind nach Größenklassen geschichtet: Orte unter 100 000 Einwohner, 100 000 bis unter 400 000 Einwohner, 400 000 bis unter eine Million Einwohner und Großstädte ab einer Million Einwohner. Gemeinden der kleinsten Größenklasse (insgesamt 19 Orte) sind dabei unterrepräsentiert, da hier nur mit einer eingeschränkten Angebotsstruktur und einer unzureichenden Zahl an Berichtsstellen zu rechnen war.

Zur Standardisierung der Erhebung wurde genau festgelegt, welche Preise jeweils in insgesamt fünf verschiedenen Kategorien von Berichtsstellen zu erheben sind: Warenhäuser, Verbrauchermärkte, Supermärkte, SB-Läden und Fachgeschäfte/-betriebe.



Quelle: Staat und Wirtschaft in Hessen, Heft 9/1993, S. 217

Die Auswahl der Berichtstellen sollte nach ihrer Repräsentanz für die regionale Versorgung erfolgen; Geschäfte mit extremen Preisstrukturen (z. B. wegen Ausverkauf oder Luxusläden) wurden nicht einbezogen. Gemäß Preisstatistikverordnung durften je ausgewählter Gemeinde höchstens 600 Berichtstellen herangezogen werden. Falls bestimmte Waren überwiegend im näheren Umland der Berichtsgemeinde erhältlich sind, bzw. der Einkauf im Nachbarort eine gängige Kaufgewohnheit ist, dann sollten im Einzelfall auch dort repräsentative Berichtstellen zum Preisvergleich herangezogen werden. Für Kiel gewann diese Möglichkeit dadurch an Bedeutung, daß insbesondere in der Nachbargemeinde Raisdorf seit längerer Zeit eine Vielzahl größerer Verbraucher- und Fachmärkte entstanden sind, die auch für Verbraucher aus der Stadt Kiel eine gängige Einkaufsquelle darstellen.

Kiel im regionalen Vergleich

Legt man das Bonner Ergebnis als Meßplatte zugrunde (Bonn $\hat{=}$ 100), so liegt Kiel mit 100,4 Indexpunkten leicht darüber. Im Vergleich zu Gemeinden der alten Bundesländer der gleichen Größenklasse (100 000 bis unter 400 000 Einwohner) liegt Kiel mit + 0,6 % ebenfalls leicht über dem Durchschnittswert von 99,8. Die preiswerteste Stadt dieser Klasse ist Aachen mit 98,0, die teuerste Mainz mit 102,4 Punkten.

Verbraucherpreisniveau in ausgewählten ost-deutschen Städten im September/Oktober 1993 nach Gütergruppen in der Meßziffer Bonn $\hat{=}$ 100

Stadt ¹	Gesamt-lebens-haltung (ohne Mieten)	Davon (Spalte 1)		Davon (Spalte 1)	
		Waren	Dienst-leistungen	Güter mit admini-strierten Preisen	sonstige Güter
Städte unter 100 000 Einwohnern					
Bautzen	91,4	96,3	78,1	93,6	91,0
Freiberg	93,0	97,1	81,8	94,9	92,6
Durchschnitt	92,3	96,7	80,2	90,8	92,6
Städte mit 100 000 bis unter 400 000 Einwohnern					
Erfurt	92,4	95,4	84,1	88,4	93,2
Schwerin	94,6	97,3	87,2	91,0	95,3
Durchschnitt	93,7	96,9	85,0	91,4	94,1
Städte mit 400 000 bis unter 1 Mill. Einwohnern					
Dresden	95,2	98,3	86,8	97,7	94,7
Leipzig	95,4	98,1	88,2	93,5	95,8
Durchschnitt	95,3	98,2	87,5	95,6	95,3

¹ angegeben sind jeweils die preisgünstigste, die teuerste Stadt sowie der Durchschnitt für alle Städte der jeweiligen Größenklasse

Verbraucherpreisniveau in ausgewählten west-deutschen Städten im September/Oktober 1993 nach Gütergruppen in der Meßziffer Bonn $\hat{=}$ 100

Stadt ¹	Gesamt-lebens-haltung (ohne Mieten)	Davon (Spalte 1)		Davon (Spalte 1)	
		Waren	Dienst-leistungen	Güter mit admini-strierten Preisen	sonstige Güter
Städte unter 100 000 Einwohnern					
Nordhorn	94,9	97,0	89,2	93,5	95,1
Heidenheim	99,3	100,4	96,3	101,5	98,8
Durchschnitt	97,9	99,3	94,2	99,3	97,7
Städte mit 100 000 bis unter 400 000 Einwohnern					
Aachen	98,0	98,3	97,3	100,9	97,4
Mainz	102,4	102,9	101,0	108,2	101,2
Durchschnitt	99,8	100,0	99,2	103,0	99,1
nachrichtlich: Kiel	100,4	100,7	99,4	103,4	99,7
Städte mit 400 000 bis unter 1 Mill. Einwohnern					
Bremen	98,8	98,0	101,1	101,5	98,3
Frankfurt	102,9	102,1	105,0	103,4	102,8
Durchschnitt	100,7	100,1	102,4	104,6	99,9
Städte mit über 1 Mill. Einwohnern					
Hamburg	101,8	101,4	102,9	108,0	100,5
München	103,7	101,7	109,1	109,7	102,4
Durchschnitt	102,8	101,7	105,8	108,8	101,6

¹ angegeben sind jeweils die preisgünstigste, die teuerste Stadt sowie der Durchschnitt für alle Städte der jeweiligen Größenklasse

Im Vergleich zum Durchschnitt aller westdeutschen Gemeinden der kleinsten Größenklasse (unter 100 000 Einwohner), der bei 97,9 Punkten liegt, ist die Lebenshaltung in Kiel bereits um 2,6 % teurer; im Vergleich zu Nordhorn – mit 94,9 Punkten die preisgünstigste westdeutsche Kommune überhaupt – liegt Kiel sogar um 5,8 % über dem dortigen Preisniveau.

Generell gilt, daß das Preisniveau mit zunehmender Gemeindegrößenklasse steigt. Das leicht überdurchschnittliche Preisgefüge weist Kiel jedoch eher einen Platz unter den westdeutschen Großstädten zu: Von dem Durchschnittswert von 100,7 Punkten bei Städten zwischen 400 000 bis unter 1 Million Einwohnern ist unsere Landeshauptstadt nur um - 0,3 % entfernt und liegt dabei fast gleichauf mit Düsseldorf und Hannover (jeweils 100,5 Punkte).

Hamburg ist unter den Millionenstädten Deutschlands mit 101,8 Indexpunkten noch die preiswerteste Metropole und auch für viele Kieler ein beliebter Einkaufsort. Ein Einkaufsbummel an der Alster schlägt

allerdings neben den Fahrtkosten z. B. in der Gütergruppe Bekleidung/Schuhe mit + 1,6 %, für Güter aus dem Bereich Bildung/Unterhaltung sogar mit + 5,4 % höheren Preisen als in Kiel zu Buche. Wer den noch weiteren Weg nicht scheut, kommt dagegen in Schwerin, der Landeshauptstadt unseres Nachbarlandes Mecklenburg-Vorpommern, zumindest teilweise auf seine Kosten: mit 94,6 Punkten ist diese Stadt zwar die teuerste unter den ostdeutschen Städten zwischen 100 000 und 400 000 Einwohnern, die Verbraucherpreise liegen aber immerhin um insgesamt 5,8 % unter dem Kieler Niveau. Allerdings sollte man beim Einkauf daran denken, daß in Schwerin dieser Preisvorteil nicht für Güter der Gruppe Bekleidung/Schuhe gegeben ist, die sogar zu + 2,3 % höheren Preisen als in Kiel angeboten werden.

Die Partnerstadt Kiels, Stralsund, war nicht in die Erhebung einbezogen; der Hinweis auf die mit 91,5 Punkten günstige Lebenshaltung in der benachbarten Stadt Greifswald (neben Bautzen die preisgünstigste deutsche Stadt überhaupt) mag allerdings als Hinweis ausreichen, daß in Vorpommern zumindest in dieser Hinsicht das Leben etwas leichter ist.

Eine nähere Analyse des Verbraucherpreisniveaus in Kiel zeigt einige Auffälligkeiten im Vergleich zum Durchschnitt aller anderen in die Erhebung einbezogenen westdeutschen Gemeinden der gleichen Größenklasse. Besonders teuer sind in der Landeshauptstadt Nahrungs- und Genußmittel sowie Güter für Gesundheit und Körperpflege. Günstiger als der Durchschnitt sind dagegen Güter aus den Bereichen Bekleidung und Schuhe, Energie (ohne Kraftstoffe) und insbesondere Bildung, Unterhaltung, Freizeit. Ein näherer Blick lohnt sich dabei auf den Bereich Ener-

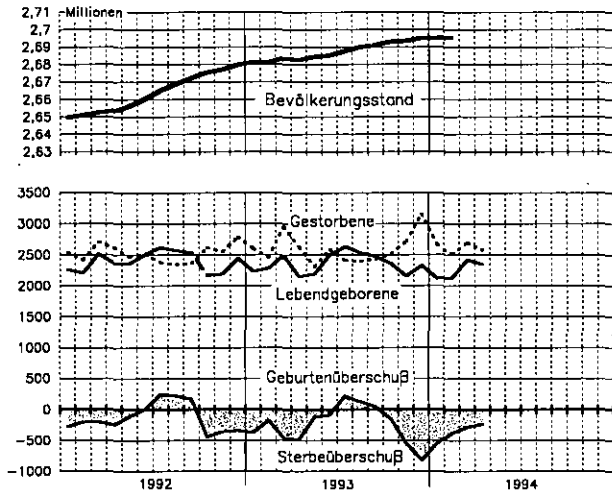
Verbraucherpreisniveau in Kiel im September/Oktober 1993 nach Hauptgruppen der Lebenshaltung

Hauptgruppe	Meßziffer: Durchschnitt aller westdeutschen Gemeinden mit 100 000 bis 400 000 Einwohnern \geq 100
Gesamtlebenshaltung (ohne Wohnungsmiete)	100,6
Nahrungs- und Genußmittel	104,0
Bekleidung und Schuhe	98,9
Energie (ohne Kraftstoffe)	98,7
Güter für die Haushaltsführung	99,7
Güter für die Gesundheits- und Körperpflege	102,2
Güter für Verkehr und Nachrichtenübermittlung	99,8
Güter für Bildung, Unterhaltung und Freizeit	97,4
Güter für die persönl. Ausstattung und sonstige Güter	100,0

gie: Kiel schneidet in dieser Gruppe in erster Linie deswegen so günstig ab, da trotz deutlich höherem Stromtarif (+ 10,0 %) die Tarife für Gas und Wasser deutlich unter dem Durchschnitt liegen (- 8,8 % bzw. - 10,3 %).

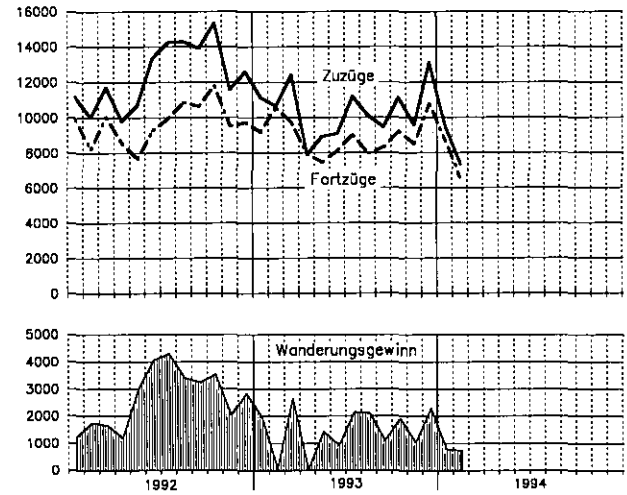
Bernd Grocholski-Plescher

Bevölkerungsstand

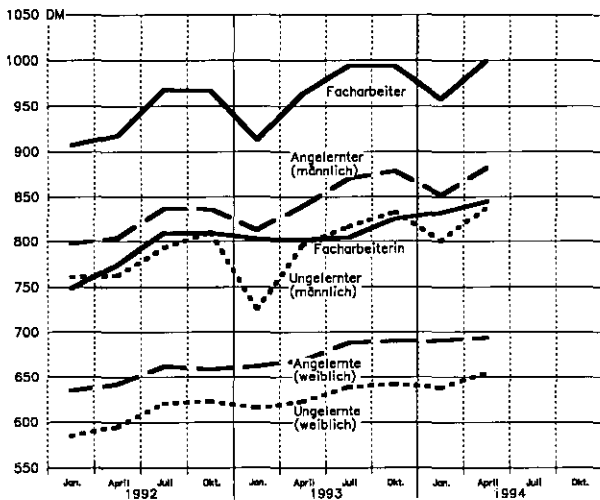


Bevölkerungsveränderung

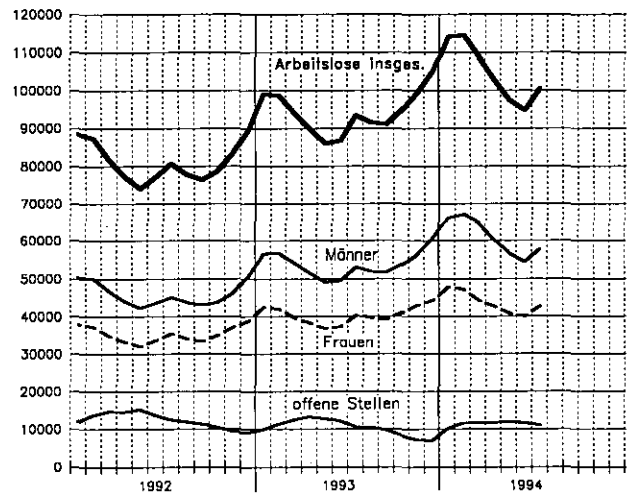
D 6068 - A Stat.LA S-H



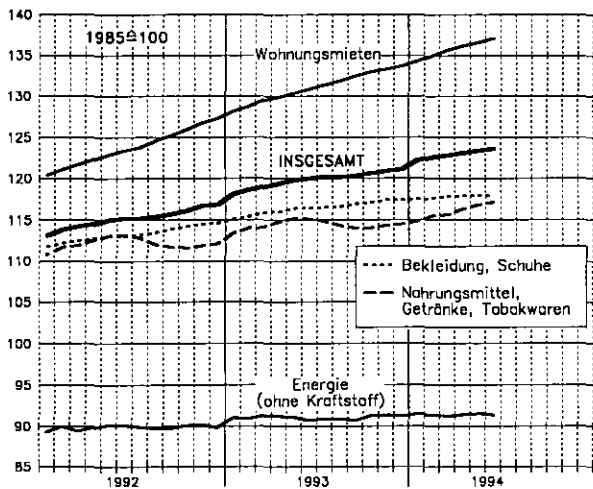
Bruttowochenverdienste



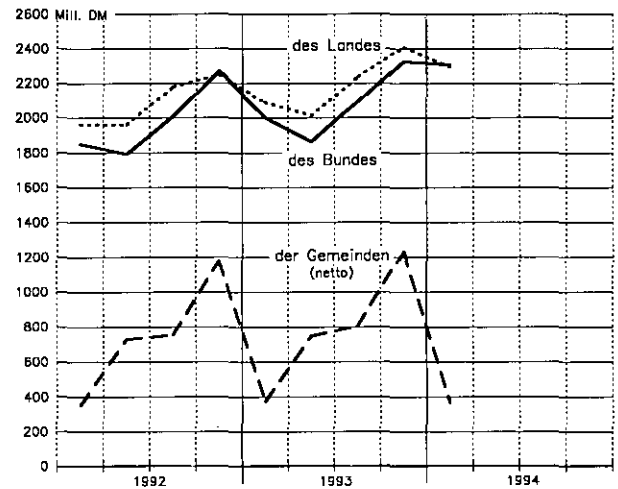
Arbeitslose



Preisindex der Lebenshaltung im Bundesgebiet

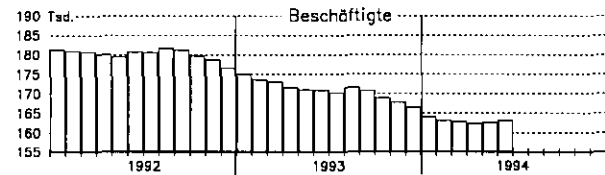
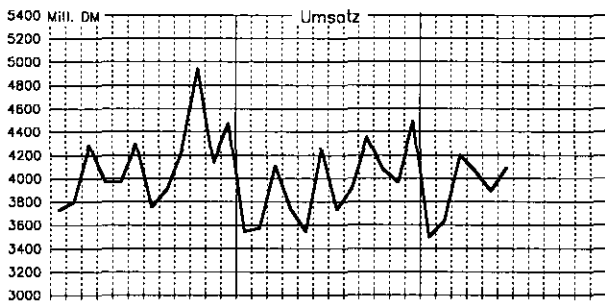


Steuereinnahmen



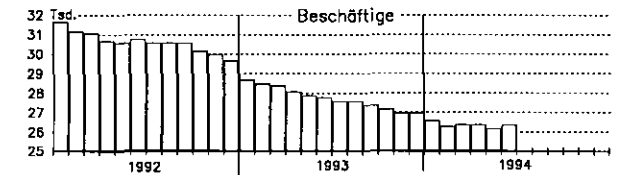
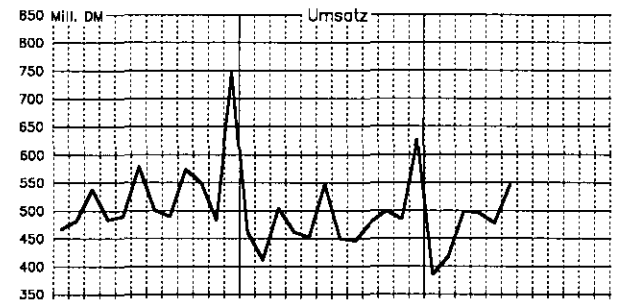
Verarbeitendes Gewerbe

Industrie- und Handwerksbetriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

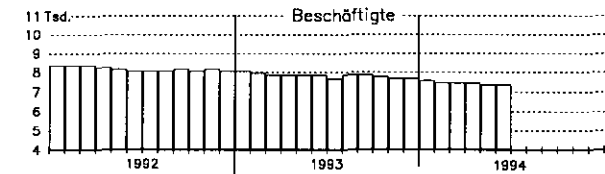
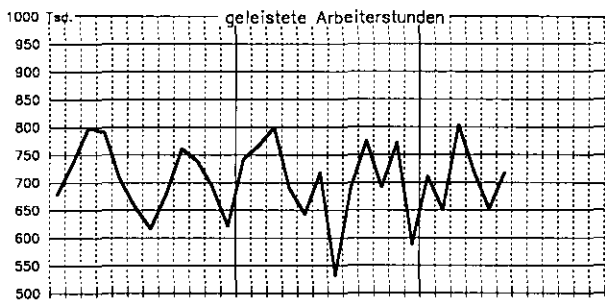


darunter Maschinenbau

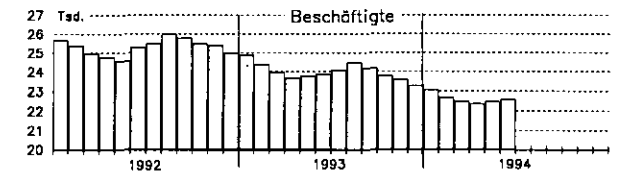
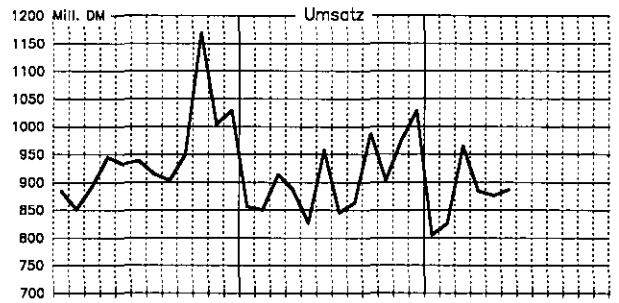
D 6069 - B Stat.LA S-H



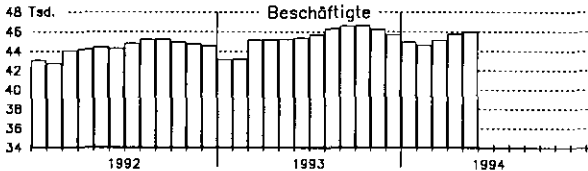
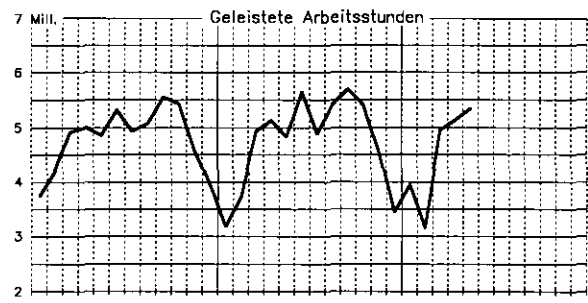
darunter Schiffbau



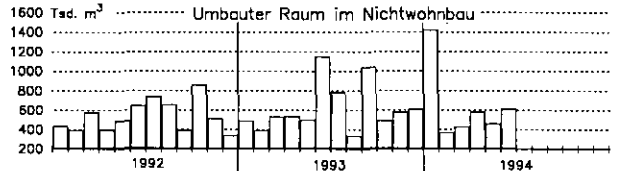
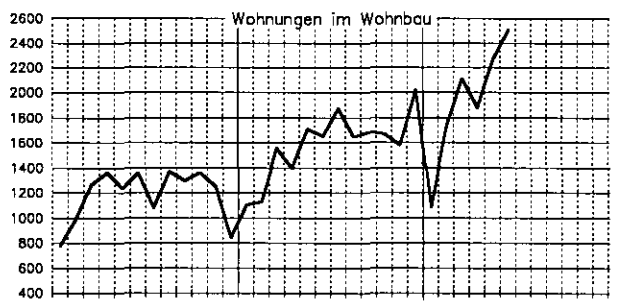
darunter Nahrungs- und Genussmittelgewerbe

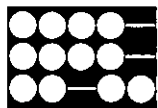


Bauhauptgewerbe



Baugenehmigungen





<i>Daten zur Konjunktur</i>	2
<i>Jahreszahlen</i>	4
<i>Zahlenspiegel</i>	6
<i>Kreiszahlen</i>	11
<i>Zahlen für Bundesländer</i>	12

Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein

Daten zur Konjunktur Schleswig-Holstein

		Jüngster Monat		Monatsdurchschnitt	
		absolut	Veränderung zum Vorjahr (gleicher Monat) in %	absolut	Veränderung zum Vorjahr (gleiche Zeit) in %
Verarbeitendes Gewerbe¹		Juni 1994		Januar bis Juni 1994	
Beschäftigte	1 000	163	- 4,6	163	- 5,5
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Stunden	15	- 3,8	14	- 5,7
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	829	+ 0,2	747	- 1,4
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	4 093	- 3,8	3 896	+ 2,6
Inlandsumsatz	Mill. DM	3 174	- 5,2	2 973	- 1,2
Auslandsumsatz	Mill. DM	919	+ 1,3	923	+ 17,3
Auftragseingang ausgewählter Wirtschaftszweige	Mill. DM	2 659	- 1,9	2 379	+ 5,3
aus dem Inland	Mill. DM	1 756	+ 7,6	1 634	+ 3,0
aus dem Ausland	Mill. DM	903	- 16,2	745	+ 10,9
Energieverbrauch (vierteljährlich)	1 000 t SKE			214	+ 5,4
Bauhauptgewerbe²		Juni 1994		Januar bis Juni 1994	
Beschäftigte	1 000	46	+ 0,7	45	+ 1,8
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Stunden	6	+ 4,2	5	+ 3,6
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	183	+ 4,4	161	+ 6,1
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	739	+ 14,8	528	+ 12,7
Auftragseingang ³	Mill. DM	428	+ 19,5	370	+ 5,9
Baugenehmigungen⁴		Mai 1994		Januar bis Mai 1994	
Wohnbau	Wohnungen	2 507	+ 51,6	1 931	+ 35,4
Nichtwohnbau	1 000 m ³ umbauter Raum	618	- 46,6	650	+ 7,6
Einzelhandel		Mai 1994		Januar bis Mai 1994	
Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	Meßziffer 1986 = 100	138,5	+ 0,7	131,5	- 1,7
Gastgewerbe		Mai 1994		Januar bis Mai 1994	
Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	Meßziffer 1986 = 100	149,0	- 1,6	106,7	- 1,6
Fremdenverkehr⁵		Mai 1994		Januar bis Mai 1994	
Ankünfte	1 000	441	- 3,9	257	- 4,0
Übernachtungen	1 000	2 256	- 4,2	1 233	- 3,2
Arbeitsmarkt		Juni 1994		Januar bis Juni 1994	
Arbeitslose	Anzahl	94 644	+ 9,2	106 218	+ 14,7
Offene Stellen	Anzahl	11 699	- 4,1	11 145	- 5,3
Kurzarbeiter	Anzahl	4 713	- 70,2	10 397	- 46,1
Insolvenzen		Juni 1994		Januar bis Juni 1994	
Anzahl		35	- 47,8	55	+ 2,2

¹ Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E 1 1

² auf alle Betriebe hochgerechnete Ergebnisse

³ Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

⁴ nur Errichtung neuer Gebäude

⁵ in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten, ohne Campingplätze

p = vorläufige Zahl, r = berichtete Zahl

Daten zur Konjunktur Land und Bund im Vergleich

		Veränderung gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres in %												
		Januar bis Dez. 1993	Juli 1993	August 1993	Sept. 1993	Okt. 1993	Nov. 1993	Dez. 1993	Jan. 1994	Febr. 1994	März 1994	April 1994	Mai 1994	Juni 1994
Verarbeitendes Gewerbe¹														
Beschäftigte	Land	- 5,1	- 5,7	- 5,5	- 5,8	- 6,1	- 6,1	- 5,8	- 6,3	- 6,1	- 5,9	- 5,4	- 4,9	- 4,6
	Bund	- 7,2	- 7,8	- 7,9	- 8,0	- 8,1	- 8,0	- 7,6	- 7,8	- 7,9	- 7,6	- 7,3	- 7,0	...
Geleistete Arbeiterstunden	Land	- 8,1	- 8,2	- 9,3	- 9,1	- 11,3	- 6,5	- 6,4	- 5,7	- 7,5	- 6,9	- 7,4	- 2,3	- 3,8
	Bund	- 11,3	- 14,8	- 9,0	- 11,6	- 13,7	- 9,7	- 7,4	- 6,6	- 7,5	- 7,9	- 8,3	- 3,3	...
Lohn- und Gehaltssumme	Land	- 1,6	- 4,7	- 2,5	- 1,9	- 3,9	- 1,5	- 3,0	- 3,2	- 1,0	- 0,3	- 2,6	- 1,7	+ 0,2
	Bund	- 4,5	- 7,0	- 5,2	- 4,8	- 5,9	- 6,1	- 3,1	- 2,8	- 3,4	- 2,0	- 5,0	- 2,6	...
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Land	- 3,9	- 0,5	+ 0,4	+ 2,5	- 14,4	+ 4,3	+ 0,3	+ 1,4	+ 1,6	+ 2,3	+ 8,4	+ 9,7	- 3,8
	Bund	- 6,9	- 10,2	- 1,2	- 6,1	- 8,1	- 3,9	- 1,4	+ 1,4	+ 0,6	+ 0,6	+ 1,8	+ 6,0	...
inlandsatz	Land	- 3,6	- 2,4	- 0,3	- 2,0	- 11,4	- 3,1	+ 3,3	- 4,4	- 4,1	+ 3,3	- 4,1	+ 7,6	- 5,2
	Bund	- 7,0	- 10,2	- 1,9	- 5,8	- 8,5	- 4,4	- 2,7	- 2,1	- 2,5	- 1,3	- 4,3	+ 4,2	...
Auslandsatz	Land	- 5,0	+ 7,5	+ 3,3	+ 21,6	- 22,7	- 8,9	- 10,9	+ 12,0	+ 20,2	- 1,2	+ 61,2	+ 18,3	+ 1,3
	Bund	- 6,6	- 10,5	+ 0,1	- 6,3	- 7,6	- 3,1	+ 4,8	+ 9,3	+ 4,6	+ 5,6	+ 4,6	+ 10,2	...
Auftragseingang ausgewählter Wirtschaftszweige	Land	+ 0,4	- 2,6	+ 1,5	- 10,9	+ 9,4	- 12,3	+ 38,7	- 4,6	- 5,5	+ 21,7	+ 13,5	+ 9,3	- 1,9
	Bund	- 7,5	- 8,5	- 3,7	- 5,8	- 3,6	- 0,1	+ 4,0	+ 0,7	+ 3,4	+ 8,9	+ 4,7	+ 7,8	...
aus dem Inland	Land	- 4,8	- 1,8	- 12,3	- 12,4	- 5,9	+ 2,6	+ 4,5	- 4,7	- 11,1	+ 15,6	+ 6,4	+ 2,0	+ 7,6
	Bund	- 9,9	- 9,7	- 5,3	- 7,6	- 8,1	- 2,9	- 2,9	- 4,0	+ 0,1	+ 3,6	+ 1,4	+ 5,0	...
aus dem Ausland	Land	+ 13,8	- 4,8	+ 34,0	- 6,2	+ 53,4	- 37,2	+ 132,9	- 4,6	- 9,2	+ 38,3	+ 33,4	+ 30,0	- 16,2
	Bund	- 2,8	- 6,1	- 0,3	- 1,8	+ 6,4	+ 5,3	+ 18,2	+ 10,3	+ 9,6	+ 19,1	+ 10,8	+ 13,2	...
Energieverbrauch (vierteljährlich)	Land	+ 2,9	-	+ 6,0	-	-	+ 0,9	-	-	+ 4,8	-	-	+ 6,1	-
	Bund	- 3,9	-	- 4,0	-	-	- 1,8	-	-	- 0,4	-	-	...	-
Bauhauptgewerbe²														
Beschäftigte	Land	+ 2,2	+ 2,0	+ 2,4	+ 2,9	+ 3,7	+ 3,3	+ 2,5	+ 4,2	+ 3,8	- 0,1	+ 1,4	+ 1,6	+ 0,7
	Bund	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,3	- 0,2	- 0,6	+ 0,0	- 2,2	p- 0,2	p- 0,1	...
Geleistete Arbeitsstunden	Land	- 1,2	- 0,9	+ 6,9	+ 2,5	- 0,5	- 0,2	- 12,5	+ 23,8	+ 2,9	+ 0,5	+ 0,1	+ 10,7	+ 4,2
	Bund	- 3,4	- 6,3	+ 4,8	- 1,6	- 4,5	- 6,4	- 11,0	+ 10,3	- 1,9	+ 5,0	p- 5,2	p+ 3,3	...
Lohn- und Gehaltssumme	Land	+ 5,3	+ 2,7	+ 12,9	+ 8,0	+ 4,4	+ 6,6	- 5,4	+ 18,0	+ 8,1	+ 6,6	+ 2,0	+ 8,8	+ 4,4
	Bund	+ 2,9	+ 0,3	+ 7,3	+ 3,7	+ 1,0	+ 2,8	- 3,0	+ 9,0	+ 2,8	+ 5,9	p- 0,9	p+ 5,4	...
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Land	+ 2,5	+ 3,1	+ 13,2	+ 5,4	+ 4,1	+ 5,1	- 13,1	+ 33,0	+ 13,0	+ 6,4	+ 2,9	+ 24,8	+ 14,8
	Bund	- 1,8	- 0,7	- 0,4	+ 1,0	- 1,7	- 0,7	- 14,1	+ 1,5	+ 10,9	+ 6,2
Auftragseingang ³	Land	+ 6,0	- 5,6	+ 8,8	- 6,0	+ 4,9	+ 10,3	- 2,2	+ 28,4	+ 13,6	+ 12,3	- 2,2	+ 2,9	+ 19,5
	Bund	+ 1,8	+ 2,9	+ 6,6	+ 3,4	+ 6,7	+ 8,8	- 4,6	+ 14,2	+ 6,5	+ 6,2	p+ 4,5	p+ 10,1	...
Baugenehmigungen⁴														
Wohnbau (Wohnungen)	Land	+ 34,0	+ 73,5	+ 20,4	+ 30,3	+ 22,8	+ 25,9	+ 139,5	- 1,5	+ 53,2	+ 35,7	+ 34,5	+ 32,3	+ 51,6
	Bund	p+ 15,1	p+ 12,4	p+ 18,0	p+ 17,6	p+ 20,0	p+ 7,2	p+ 18,5	+ 25,5	+ 27,6	+ 12,3
Nichtwohnbau (Umbauter Raum)	Land	+ 15,3	+ 5,5	- 48,6	+ 164,7	- 42,7	+ 11,9	+ 78,2	+ 189,6	- 5,6	- 19,4	+ 8,7	- 7,7	- 46,6
	Bund	p- 10,3	p- 17,4	p- 24,5	p- 2,5	p- 7,2	p- 19,8	p+ 26,3	+ 8,5	- 9,0	- 17,4
Einzelhandel														
Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	Land	- 0,7	- 0,1	+ 1,5	+ 1,2	- 4,1	+ 2,8	- 2,7	+ 4,1	- 3,7	+ 2,7	- 10,9	+ 0,7	...
	Bund	- 2,4	- 2,2	+ 1,3	- 0,1	- 5,6	+ 0,1	- 5,5	+ 1,7	+ 1,4	+ 3,0	- 9,5	p+ 3,1	...
Gastgewerbe														
Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	Land	- 0,5	- 1,7	- 3,0	- 2,3	- 0,1	- 2,0	- 3,2	+ 3,0	- 1,5	+ 0,1	- 5,7	- 1,6	...
	Bund	+ 0,2	- 0,9	+ 0,0	- 0,4	- 1,0	- 2,2	- 2,7	+ 0,0	- 1,4	- 1,1	- 2,0	p- 5,1	...
Fremdenverkehr⁵														
Ankünfte	Land	- 4,2	- 5,3	- 10,0	- 4,9	- 8,1	- 8,6	- 8,3	p- 0,5	p- 4,4	p+ 4,1	p- 12,8	p- 3,9	...
	Bund	- 3,7	- 5,9	- 5,1	- 5,2	- 4,1	- 3,9	- 3,3	- 0,5	+ 0,6	- 1,0
Übernachtungen	Land	- 0,6	- 1,3	- 3,6	- 3,6	- 7,7	- 4,9	- 6,8	p+ 1,5	p- 0,8	p+ 12,4	p- 16,2	p- 4,2	...
	Bund	- 2,8	- 4,1	- 4,1	- 4,7	- 6,2	- 3,3	- 5,7	- 1,4	+ 0,2	+ 1,2
Arbeitsmarkt														
Arbeitslose	Land	+ 15,7	+ 15,8	+ 17,7	+ 19,1	+ 20,5	+ 19,2	+ 17,2	+ 15,0	+ 15,7	+ 15,9	+ 14,5	+ 13,4	+ 9,2
	Bund	+ 25,6	+ 27,2	+ 27,1	+ 28,3	+ 28,9	+ 27,8	+ 24,1	+ 21,2	+ 19,8	+ 18,7	+ 17,9	+ 16,7	+ 14,4
Offene Stellen	Land	- 15,3	- 15,0	- 12,9	- 14,1	- 20,6	- 23,0	- 21,1	+ 2,9	+ 2,4	- 6,7	- 11,4	- 5,8	- 4,1
	Bund	- 24,8	- 23,0	- 25,1	- 28,1	- 30,4	- 26,9	- 22,7	- 14,5	- 7,9	- 7,1	- 8,5	- 10,2	- 9,7
Kurzarbeiter	Land	+ 46,7	+ 157,7	+ 156,5	+ 87,8	+ 2,0	- 21,5	- 26,5	- 20,5	- 34,0	- 29,7	- 58,2	- 67,1	- 70,2
	Bund	+171,0	+ 231,2	+ 210,8	+ 188,7	+ 102,0	+ 33,1	- 14,4	- 39,6	- 50,2	- 56,0	- 64,7	- 65,3	- 70,2
Insolvenzen														
Anzahl	Land	+ 18,5	+ 35,0	- 6,8	- 34,7	+ 49,0	+ 6,5	+ 67,5	+ 52,5	+ 16,1	+ 38,3	- 31,0	+ 16,0	- 47,8
	Bund	+ 24,2	+ 27,0	+ 25,3	+ 32,9	+ 11,9	+ 38,7	+ 33,7	+ 18,9	+ 29,7

¹ Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E 1 1

² auf alle Betriebe hochgerechnete Ergebnisse

³ Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

⁴ nur Errichtung neuer Gebäude

⁵ in Beharbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten, ohne Campingplätze

Hinweis: Die Angaben beziehen sich auf das Bundesgebiet nach dem Gebietsstand vor dem 03.10.1990. Sie schließen Berlin (West) mit ein.

Jahreszahlen Schleswig-Holstein

Jahr	Bevölkerung						Im Erwerbsleben tätige Personen ¹				
	Einwohner (Jahresmittel)	Heirats- ziffer	Geburten- ziffer	Sterbe- ziffer	Überschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wanderungs- gewinn	ins- gesamt	Land- und Forst- wirtschaft	Produzie- rendes Gewerbe	Handel und Verkehr	Übrige Dienst- leistungen
	in 1 000	Ereignisse je 1 000 Einwohner			in 1 000		in 1 000				
1989	2 574	6,7	10,6	11,9	- 3	33	1 166	52	349	242	523
1990	2 614	7,1	11,1	12,0	- 2	34	1 234	62	352	265	555
1991	2 636	6,9	11,0	11,8	- 2	25	1 236	57	361	258	559
1992	2 662	7,1	10,8	11,4	- 2	33	1 247	59	360	262	568
1993	1 246	52	362	266	566

Jahr	Öffentliche allgemeinbildende Schulen									Bruttoinlandsprodukt ²				
	Schülerinnen/Schüler im September in					von 100 Schülerinnen/Schülern erreichten				in jeweiligen Preisen		in Preisen von 1991		
	Grund- und Haupt- schulen	Sonder- schulen	Real- schulen	Gym- nasien	Inte- grierten Gesamt- schulen	weniger als Haupt- schul- abschluß	Haupt- schul- abschluß	mittleren Abschluß	Fachhoch- schulreife und allgemeine Hochschul- reife	Mill. DM	jährliche Zuwachs- rate in %	Mill. DM	jährliche Zuwachs- rate in %	je Erwerbs- tätigen Bund ³ ± 100
	in 1 000													
1989	133	12	48	62	2	10	33	31	26	77 406	+ 3,1	84 049	- 0,6	94
1990	135	12	48	62	3	10	33	31	27	83 556	+ 7,9	87 049	+ 3,6	92
1991	134	11	48	62	4	10	35	31	25	90 979	+ 8,9	90 979	+ 4,5	92
1992	135	11	48	62	6	10	36	31	24	96 258	+ 5,8	92 512	+ 1,7	92
1993	139	11	49	62	7	98 654	+ 2,5	91 787	- 0,8	92

Jahr	Landwirtschaft										
	Viehbestand am 03.12.				Schlachtungen ⁶		Kuhmilcherzeugung		Ernten in 1 000 t		
	Rinder		Schweine	Hühner ⁵	Rinder	Schweine	1 000 t	kg je Kuh und Jahr	Getreide	Kartoffeln	Zuckerrüben
	insgesamt	darunter Milchkühe ⁴									
	in 1 000										
1989	1 491 ^a	480 ^a	1 451 ^a	.	491	2 273	2 411	5 014	2 342	141	753
1990	1 525	472	1 445	3 343	592	2 402	2 324	4 881	2 186	139	972
1991	1 473 ^a	458 ^a	1 387 ^a	.	735	2 161	2 326	5 005	2 257	148	768
1992	1 435	440	1 397	3 129	548	1 853	2 297	5 116	2 093	154	768
1993	1 424 ^a	431 ^a	1 378 ^a	.	p 431	p 1 904	2 312	5 306	1 892	184	779

Jahr	Verarbeitendes Gewerbe ⁷										Bauhaupt- gewerbe	
	Beschäftigte (Monatsdurchschnitt)		Arbeiter- stunden	Löhne	Gehälter	Umsatz (ohne Umsatzsteuer)		Energieverbrauch				
	insgesamt	Arbeiter		Bruttosumme		insgesamt	Auslands- umsatz	Kohle	Heizöl	Gas	Strom ⁸	
	in 1 000		in Mill.	Mill. DM		Mill. DM		1 000 t SKE ⁹				
1989	169	114	186	4 325	3 245	40 959	9 833	175	1 061	676	365	40
1990	177	119	194	4 771	3 549	45 569	10 182	167	1 204	663	389	42
1991	182	122	198	5 147	3 919	r 49 073	r 10 095	174	1 250	560	399	44
1992	180	119	192	5 309	4 247	49 228	10 430	183	1 251	596	409	44
1993	171	111	176	5 072	4 327	47 315	9 911	189	1 293	620	407	45

¹ Ergebnisse der 1%-Mikrozensusserhebungen

² ab 1990 vorläufiges Ergebnis

³ Gebietsstand vor dem 03.10.1990

⁴ ohne Ammen- und Mutterkühe

⁵ ohne Trut-, Perl- und Zwerghühner

⁶ gewerbliche und Hausschlachtungen, in- und ausländischer Herkunft

⁷ Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

⁸ ohne Eigenerzeugung

⁹ 1 Tonne SKE (Steinkohle-Einheit) ± 29 308 MJ

^a repräsentative Viehzählung

Jahreszahlen Schleswig-Holstein

Jahr	Wohnungswesen				Ausfuhr				Fremdenverkehr ³			
	zum Bau genehmigte Wohnungen ¹	fertiggestellte Wohnungen ¹		Bestand an Wohnungen	insgesamt	in EG-Länder	in Länder der EFTA	von Gütern der gewerblichen Wirtschaft	Ankünfte		Übernachtungen	
		insgesamt	im sozialen Wohnungsbau ²						insgesamt	Auslandsgäste	insgesamt	von Auslands-gästen
	in 1 000	in 1 000	in %	in 1 000	Mill. DM				in 1 000			
1989	8	8	15	1 140	12 555	6 169	1 898	10 337	3 448	440	17 650	852
1990	12	8	13	1 148	11 965	6 110	1 828	10 221	3 801	479	19 390	877
1991	12	9	11	1 158	12 656	6 882	1 715	10 688	4 037	550	20 730	1 064
1992	15	12	18	1 171	13 156	6 175	1 751	11 070	4 129	492	22 116	981
1993	19	14	...	1 186	3 956	343	21 989	735

Jahr	Kfz-Bestand ⁴ am 01.07.				Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden			Spar einlagen ⁶ am 31.12.	Sozialhilfe			Kriegsopferfürsorge
	insgesamt	Krafträder	Pkw ⁵	Lkw	Unfälle	Getötete	Verletzte		insgesamt	Hilfe zum Lebensunterhalt		
	in 1 000							in Mill. DM	Aufwand in Mill. DM	Aufwand in Mill. DM	Empfänger in 1 000	
1989	1 419	51	1 218	55	16 786	344	21 619	20 080	1 420,4	566,9	118,3	82,8
1990	1 467	52	1 262	57	17 326	364	22 574	19 526	1 591,1	662,6	166,6	90,1
1991	1 490	54	1 279	60	16 649	351	21 631	19 669	1 654,5	626,4	123,5	97,7
1992	1 528	58	1 307	64	16 429	319	21 310	20 156	1 831,9	677,1	131,4	109,5
1993	1 571	64	1 341	66	15 528	296	20 325	22 411

Jahr	Steuern									Schulden		
	Steuereinnahmen nach der Steuerverteilung			Steuern vom Umsatz	Steuern vom Einkommen			Verbrauchssteuern	Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	des Landes	der Gemeinden und Gemeindeverbände ⁷	
	des Bundes	des Landes	der Gemeinden		insgesamt	Lohnsteuer	veranlagte Einkommensteuer				insgesamt	Kreditmarktmittel
	Mill. DM											
1989	6 480	6 937	2 445	3 681	7 899	5 396	1 398	491	952	18 836	3 619	2 857
1990	6 094	7 176	2 431	3 630	7 890	5 310	1 506	137	966	20 128	3 794	2 957
1991	6 951	7 685	2 761	4 332	8 825	6 214	1 431	125	1 062	20 990	4 058	3 188
1992	7 919	8 351	3 012	4 937	10 061	7 059	1 637	117	1 235	22 081	4 226	3 331
1993	8 320	8 795	3 158	5 506	10 645	7 333	1 676	44	1 182	23 873	4 494	3 546

Jahr	Preisindizes im Bundesgebiet ⁸				Löhne und Gehälter							
	Erzeugerpreise ⁸		für Wohngebäude 1985 ± 100	Lebenshaltung aller privaten Haushalte 1985 ± 100	Industriearbeiter ⁹		Angestellte in Industrie ⁹ und Handel, Kreditinstituten und Versicherungsgewerbe			Öffentlicher Dienst		
	gewerblicher Produkte 1985 ± 100	landwirtschaftlicher Produkte 1985 ± 100			Bruttowochenlohn		Bruttomonatsgehalt			Bruttomonatsgehalt ¹⁰		
			insgesamt	darunter Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	Männer	Frauen	kaufmännische Angestellte		technische Angestellte	Beamte A 9 (Inspektor)	Angestellte BAT VIII (Bürokräft)	
					Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer			
	DM											
1989	99,3	99,8	109,4	104,2	102,6	786	552	4 126	2 823	4 779	3 759	2 805
1990	101,0	94,7	116,4	107,0	105,6	821	572	4 297	2 953	4 972	3 822	2 852
1991	103,4	94,1	124,3	110,7	108,6	866	605	4 539	3 192	5 323	4 048	3 020
1992	104,8	91,9	131,3	115,1	112,1	899 ^a	640 ^a	4 808 ^a	3 330 ^a	5 453 ^a	4 284	3 200
1993	104,8	84,7	137,2	119,9	114,4	930 ^a	665 ^a	5 071 ^a	3 533 ^a	5 724 ^a	4 411	3 294

¹ Errichtung neuer Gebäude
² 1. Förderungsweg
³ nur Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten, einschließlich Kinderheime und Jugendherbergen
⁴ Kraftfahrzeuge mit amtlichem Kennzeichen, ohne Bundespost, Bundesbahn und Bundeswehr
⁵ einschließlich Kombinationskraftwagen
⁶ ohne Postspareinlagen
⁷ einschließlich ihrer Krankenhäuser, aber ohne Eigenbetriebe und Zweckverbände
⁸ ohne Umsatz- (Mehrwert-)steuer
⁹ einschließlich Hoch- und Tiefbau mit Handwerk
¹⁰ Endgehalt, die Angaben gelten für Verheiratete mit einem Kind
^a Die Zahlen ab 1992 (neuer Berichtskreis) sind mit den davorliegenden Ergebnissen nicht voll vergleichbar.
Hinweis: * Die Angaben beziehen sich auf das Bundesgebiet nach dem Gebietsstand vor dem 03.10.1990. Sie schließen Berlin (West) mit ein.

Zahlenspiegel Schleswig-Holstein

		1992	1993	1993			1994			
		Monatsdurchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT										
Bevölkerung am Monatsende	1 000	2 662	...	p 2 683	p 2 684	p 2 685
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
Eheschließungen	Anzahl	1 575	...	p 1 307	p 2 644	p 1 989
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	71	...	p 5,9	p 11,6	p 9,0
Lebendgeborene	Anzahl	2 396	...	p 2 290	p 2 355	p 2 502
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	10,8	...	p 10,4	p 10,3	p 11,3
Gestorbene (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 525	...	p 2 649	p 2 332	p 2 589
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	11,4	...	p 12,0	p 10,2	p 11,7
darunter im ersten Lebensjahr	Anzahl	14	...	p 11	p 7	p 10
	je 1 000 Lebendgeborene	5,8	...	p 4,8	p 3,0	p 4,0
Überschuß der Geborenen (+) oder Gestorbenen (-)	Anzahl	- 129	...	p- 359	p 23	p- 87
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	- 0,6	...	p- 1,6	p 0,1	p- 0,4
Wanderungen										
Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	12 395	10 391	7 877	8 923	9 093
Über die Landesgrenze Fortgezogene	Anzahl	9 679	8 900	7 949	7 463	8 139
Wanderungsgewinn (+) oder -verlust (-)	Anzahl	+ 2 715	+ 1 491	- 72	+ 1 460	+ 954
Innerhalb des Landes Umgezogene ¹	Anzahl	10 160	10 357	9 787	8 669	9 011
Wanderungsfälle	Anzahl	32 234	29 648	25 613	25 055	26 243
Arbeitslage										
Arbeitslose (Monatsende)	1 000	81	89	90	86	87	109	103	97	95
darunter Männer	1 000	46	51	52	49	49	65	60	57	55
Kurzarbeiter (Monatsmitte)	1 000	10,3	16,2	22,5	18,4	15,8	13,6	9,4	6,0	4,7
darunter Männer	1 000	8,5	13,7	18,4	15,6	13,1	11,6	7,6	4,8	3,7
Offene Stellen (Monatsende)	1 000	12,5	9,1	13,3	12,8	12,2	11,7	11,8	12,0	11,7
LANDWIRTSCHAFT										
Viehbestand										
Rindvieh (einschließlich Kälber)	1 000	1 435 ^a	1 424 ^a	.	.	1 443	.	.	.	1 401
darunter Milchkühe	1 000	440 ^a	431 ^a	.	.	405	.	.	.	398
(ohne Ammen- und Mutterkühe)	1 000	1 397 ^a	1 378 ^a	1 401	.	.	1 374	.	.	.
Schweine	1 000	140 ^a	130 ^a	134	.	.	132	.	.	.
darunter Zuchtsauen	1 000	98 ^a	89 ^a	93	.	.	89	.	.	.
darunter trächtig	1 000									
Schlachtungen²										
Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	46	...	32	29	34	32	28	26	25
Kälber	1 000 St.	1	...	1	1	1	1	1	1	1
Schweine	1 000 St.	154	...	151	157	169	160	137	149	132
darunter Hausschlachtungen	1 000 St.	1	...	1	1	1	1	1	1	0
Schlachtmenge³ aus gewerblichen Schlachtungen²										
(ohne Geflügel)	1 000 t	27,9	...	23,6	23,8	26,2	24,7	21,2	21,7	20,2
darunter Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	13,9	...	9,8	9,2	10,7	9,8	8,6	7,9	8,0
Kälber	1 000 t	0,1	...	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Schweine	1 000 t	13,7	...	13,5	14,3	15,1	14,5	12,4	13,4	11,9
Durchschnittliches Schlachtgewicht für²										
Rinder (ohne Kälber)	kg	307	...	308	314	315	313	311	312	315
Kälber	kg	127	...	128	132	130	129	130	134	135
Schweine	kg	89	...	90	91	90	91	91	91	90
Geflügel										
Eingelegte Bruteier ⁴	1 000	101	89
	für Legehennenküken									
	für Masthühnerküken									
Geflügelfleisch ⁵	1 000 kg	60	58
Milcherzeugung										
Milcherzeugung	1 000 t	191	193	207	222	197	209	203	213	194
darunter an Molkeereien und Händler geliefert	%	95	95	96	97	97	95	97	98	98
Milchleistung je Kuh und Tag	kg	14,0	14,5	15,8	16,4	15,1	15,6	15,7	15,9	15,0

¹ ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene

² bis Dezember 1984 Inlandtiere, ab Januar 1985 In- und Auslandtiere

³ einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien

⁴ in Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern

⁵ aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren im Monat

^a Dezember

		1992	1993	1993			1994			
		Monatsdurchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
PRODUZIERENDES GEWERBE										
Verarbeitendes Gewerbe¹										
Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	1 000	180	171	172	171	171	163	163	163	163
darunter Arbeiter und gewerblich Auszubildende	1 000	119	111	111	111	111	104	104	104	104
Geleistete Arbeiterstunden	1 000	15 983	14 691	14 895	13 991	15 075	14 901	13 787	13 671	14 500
Lohnsumme	Mill. DM	442,4	422,7	416,8	406,3	441,2	385,5	398,9	399,5	432,2
Gehaltssumme	Mill. DM	354,0	360,6	353,5	351,3	386,2	346,8	351,7	345,6	397,2
Auftragseingang ausgewählter Wirtschaftszweige	Mill. DM	2 299	2 308	2 031	2 175	2 710	2 882	2 304	2 377	2 659
aus dem Inland	Mill. DM	1 652	1 573	1 500	1 612	1 833	2 003	1 596	1 644	1 756
aus dem Ausland	Mill. DM	646	735	531	563	1 077	879	709	733	903
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	4 102	3 943	3 742	3 547	4 257	4 202	4 058	3 891	4 093
Inlandsumsatz	Mill. DM	3 233	3 117	3 023	2 846	3 350	3 306	2 898	3 062	3 174
Auslandsumsatz	Mill. DM	869	826	719	700	907	896	1 160	829	919
Kohleverbrauch ²	1 000 t SKE	15	16
Gasverbrauch ³	Mill. m ³	41,4	43,0
Stadt- und Kokerigas	Mill. m ³
Erd- und Erdölgas	Mill. m ³
Heizölverbrauch ⁴	1 000 t	74	77
leichtes Heizöl	1 000 t	7	7
schweres Heizöl	1 000 t	67	70
Stromverbrauch ⁵	Mill. kWh	311	311	308	303	308	326	318	315	324
Stromerzeugung (industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	33	36	29	30	31	37	30	33	36
Index der Nettoproduktion für Betriebe im Produzierenden Gewerbe ⁶	1985 = 100	130,0	124,6	121,9	115,2	133,4
Öffentliche Energieversorgung										
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	2 264	1 743	2 047	1 485	1 358	1 568	1 443	1 460	...
Stromverbrauch (einschließlich Verluste, ohne Pumpstromverbrauch)	Mill. kWh	1 023	1 028	980	927	907	1 126	995	950	...
Gaserzeugung (brutto)	Mill. m ³
HANDWERK										
Handwerk (Meßzahlen)⁷						2. Vj. 93	1. Vj. 94	2. Vj. 94		
Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) am Ende des Vierteljahres	30.09.1976 = 100	113,6	114,3	.	.	111,9	109,1
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Vj.-D 1976 = 100	228,1	222,1	.	.	224,3	189,4
Bauhauptgewerbe⁸										
Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	44 424	45 420	45 213	45 310	45 430	45 196	45 844	46 029	45 731
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	4 796	4 739	5 132	4 832	5 644	4 956	5 139	5 348	5 881
darunter für										
Wohnungsbauten	1 000	1 971	2 059	2 168	2 021	2 421	2 386	2 384	2 512	2 742
gewerbliche und industrielle Bauten	1 000	1 315	1 251	1 372	1 321	1 477	1 234	1 347	1 346	1 496
Verkehrs- und öffentliche Bauten	1 000	1 432	1 343	1 522	1 425	1 642	1 285	1 364	1 432	1 588
Lohnsumme	Mill. DM	133,4	139,1	136,8	135,4	143,4	139,7	138,4	149,8	150,0
Gehaltssumme	Mill. DM	28,5	31,5	28,5	30,7	32,0	28,6	30,3	30,9	33,1
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	544,4	558,1	526,2	544,7	643,7	500,1	541,5	679,7	739,1
Auftragseingang ⁹	Mill. DM	322,4	341,6	366,6	373,9	428,6	464,1	358,6	384,7	428,5
Ausbaugewerbe⁹										
Beschäftigte	Anzahl	9 477	9 906	9 550	9 608	9 783	10 044	10 153	10 191	10 253
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	1 107	1 136	1 094	1 075	1 172	1 206	1 120	1 158	1 211
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	32,2	85,2	31,9	32,8	37,7	36,1	35,2	37,3	40,4
Ausbaugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	104,4	106,9	86,6	87,7	117,4	112,7	93,5	110,9	113,7

¹ Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E 1 1

² 1 t Steinkohle = 1 t SKE = Steinkohle-Einheit (29 308 MJ)

³ 1 000 m³ Gas Ho = 35,169 MJ/m³ = 1,2 t SKE

⁴ 1 t Heizöl, leicht = 1,46 t SKE, schwer = 1,40 t SKE

⁵ 1 000 kWh Strom = 0,123 t SKE

⁶ ohne Ausbaugewerbe, Gas-, Fernwärme und Wasserversorgung

⁷ ohne handwerkliche Nebenbetriebe

⁸ auf alle Betriebe hochgerundete Ergebnisse

⁹ Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

Zahlenspiegel Schleswig-Holstein

		1992	1993	1993			1994			
		Monatsdurchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
BAUTÄTIGKEIT										
Baugenehmigungen										
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	606	725	654	751	871	1 041	820	1 130	1 149
darunter mit										
1 Wohnung	Anzahl	482	570	514	584	688	824	602	850	851
2 Wohnungen	Anzahl	66	78	76	97	98	106	117	176	168
Rauminhalt	1 000 m³	565	731	649	760	812	986	828	1 145	1 152
Wohnfläche	1 000 m²	103	135	122	146	153	188	160	200	220
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	108	103	76	118	120	99	101	120	131
Rauminhalt	1 000 m³	541	624	541	505	1 157	432	588	466	618
Nutzfläche	1 000 m²	91	93	90	89	171	69	94	75	111
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 395	1 838	1 569	1 961	1 976	2 373	2 097	2 498	2 812
HANDEL UND GASTGEWERBE										
Ausfuhr										
Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	1 096,3	p 947,5	865,7	867,8	1 013,6
davon Güter der										
Ernährungswirtschaft	Mill. DM	173,9	p 138,4	144,8	112,5	164,0
gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	922,5	p 809,1	720,9	755,3	849,5
davon										
Rohstoffe	Mill. DM	16,4	p 18,3	19,0	19,1	21,3
Halbwaren	Mill. DM	56,2	p 54,4	52,9	50,4	48,9
Fertigwaren	Mill. DM	849,9	p 736,4	649,1	685,6	779,3
davon										
Vorerzeugnisse	Mill. DM	106,7	p 102,9	78,2	118,0	109,8
Enderzeugnisse	Mill. DM	743,3	p 633,5	570,8	567,7	669,5
nach ausgewählten Verbrauchsländern										
EG-Länder	Mill. DM	514,6	p 426,6	397,9	396,6	423,9
darunter Niederlande	Mill. DM	102,7	p 80,8	81,2	76,9	101,3
Frankreich	Mill. DM	83,5	p 68,7	44,7	69,2	75,3
Dänemark	Mill. DM	82,9	p 63,0	58,4	59,0	69,4
Vereinigtes Königreich	Mill. DM	77,2	p 62,1	63,4	56,0	57,6
Einzelhandelsumsätze (Meßzahl)	1986 = 100	142,9	141,9	149,3	137,6	143,2	148,1	133,1	138,5	...
Gastgewerbeumsätze (Meßzahl)	1986 = 100	126,9	126,4	131,8	151,4	154,6	98,5	124,3	149,0	...
Fremdenverkehr in Beherbergungsbetrieben mit 9 und mehr Gästebetten										
Ankünfte	1 000	344	330	349	459	471	p 245	p 304	p 441	...
darunter von Auslandsgästen	1 000	41	29	29	33	36	p 18	p 25	p 28	...
Übernachtungen	1 000	1 843	1 832	1 775	2 355	2 830	p 1 118	p 1 487	p 2 256	...
darunter von Auslandsgästen	1 000	82	61	59	69	76	p 43	p 51	p 60	...
VERKEHR										
Schifffahrt¹										
Güterempfang	1 000 t	1 685	...	1 721	1 715	1 828
Güterversand	1 000 t	924	...	922	904	1 085
Binnenschifffahrt										
Güterempfang	1 000 t	139	157	186	156	174	222
Güterversand	1 000 t	152	166	181	178	205	235
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge²										
darunter Krafträder	Anzahl	471	550	1 289	983	811	1 406	939
Personenkraftwagen ³	Anzahl	10 444	8 355	10 276	8 410	8 669	11 730	9 004
Lastkraftwagen (einschließlich mit Spezialaufbau)	Anzahl	662	539	635	514	595	661	590
Straßenverkehrsunfälle										
Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 369	1 294	1 156	1 543	1 571	p 1 104	r 1 159	p 1 410	p 1 456
Getötete Personen	Anzahl	27	25	19	21	27	p 25	r 19	p 27	p 24
Verletzte Personen	Anzahl	1 776	1 694	1 487	2 014	2 064	p 1 448	r 1 511	p 1 833	p 1 883

¹ ohne Eigengewichte der als Verkehrsmittel im Fährverkehr transportierten Eisenbahn- und Straßenfahrzeuge

² mit amtlichem Kennzeichen, ohne Bundespost, Bundesbahn und Bundeswehr

³ einschließlich Kombinationskraftwagen

		1992	1993	1993			1994			
		Monatsdurchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
GELD UND KREDIT										
Insolvenzen										
Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte, ohne Anschlußkonkurse)	Anzahl	46	54	56	50	67	65	39	58	34
Vergleichsverfahren	Anzahl	0	0	2	-	-	-	1	-	1
Kredite und Einlagen¹										
4-Monatsdurchschnitt²										
Kredite ² an Nichtbanken insgesamt	Mill. DM	95 576	104 520	-	-	102 660	109 806	-	-	...
darunter										
Kredite ² an inländische Nichtbanken	Mill. DM	93 983	102 724	-	-	100 865	107 859	-	-	...
kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	12 505	13 313	-	-	13 254	12 505	-	-	...
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	12 182	12 289	-	-	12 367	12 217	-	-	...
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	323	1 024	-	-	887	288	-	-	...
mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	6 153	6 603	-	-	6 735	6 279	-	-	...
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	5 034	5 385	-	-	5 464	5 145	-	-	...
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	1 119	1 218	-	-	1 271	1 134	-	-	...
langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	75 324	82 058	-	-	80 876	89 075	-	-	...
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	55 074	60 871	-	-	59 421	65 441	-	-	...
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	20 250	21 937	-	-	21 455	23 634	-	-	...
Einlagen und aufgenommene Kredite ² von Nichtbanken	Mill. DM	68 591	73 802	-	-	72 093	78 132	-	-	...
Sichteinlagen und Termingelder von inländischen Nichtbanken	Mill. DM	49 091	52 100	-	-	50 893	54 781	...	-	...
von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	43 453	46 284	-	-	45 159	48 901	...	-	...
von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	5 638	5 816	-	-	5 734	5 880	...	-	...
Spareinlagen	Mill. DM	19 500	20 695	-	-	20 223	22 283	...	-	...
von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	19 221	20 381	-	-	19 917	21 927	...	-	...
von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	279	314	-	-	306	356	...	-	...
STEUERN										
Steueraufkommen nach der Steuerart										
		Vierteljahresdurchschnitt			2. Vj. 93		1. Vj. 94		2. Vj. 94	
Gemeinschaftssteuern	Mill. DM	3 912	4 226	-	-	3 782	4 485	-
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	2 678	2 850	-	-	2 563	2 803	-
Lohnsteuer ⁴	Mill. DM	1 949	2 033	-	-	1 836	1 901	-
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	409	419	-	-	383	394	-
nichtveranlagte Steuern vom Ertrag	Mill. DM	57	61	-	-	58	98	-
Körperschaftsteuer ⁴	Mill. DM	263	294	-	-	286	306	-
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	1 234	1 376	-	-	1 219	1 682	-
Umsatzsteuer	Mill. DM	856	1 209	-	-	1 081	1 535	-
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	378	167	-	-	137	147	-
Bundessteuern	Mill. DM	58	42	-	-	29	105	-
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	29	11	-	-	11	11	-
Landessteuern	Mill. DM	270	286	-	-	286	289	-
Vermögensteuer	Mill. DM	44	52	-	-	52	50	-
Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	123	124	-	-	133	118	-
Biersteuer	Mill. DM	8	7	-	-	7	6	-
Gemeindesteuern	Mill. DM	...	412	-	-	395	366	-
Grundsteuer A	Mill. DM	...	8	-	-	8	8	-
Grundsteuer B	Mill. DM	...	91	-	-	84	87	-
Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	Mill. DM	309	295	-	-	283	255	-
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften										
Steuereinnahmen des Bundes	Mill. DM	1 980	2 080	-	-	1 865	2 307	-
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	1 095	1 159	-	-	1 045	1 126	-
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	802	867	-	-	768	1 060	-
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	25	11	-	-	24	5	-
Steuereinnahmen des Landes	Mill. DM	2 088	2 199	-	-	2 013	2 484	-
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	1 247	1 341	-	-	1 204	1 371	-
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	541	552	-	-	505	626	-
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	30	20	-	-	17	9	-
Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Mill. DM	...	789	-	-	747	368	-
Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) ⁵	Mill. DM	...	263	-	-	254	241	-
Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	Mill. DM	389	410	-	-	381	17	-

¹ Bestand an Krediten und Einlagen am Monatsende. Die Angaben umfassen die in Schleswig-Holstein gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31.12.1972 weniger als 10 Mill. DM betrug, sowie die Postscheck- und Postsparkassenämter. Ab 01.01.1986 einschließlich Raiffeisenbanken

² einschließlich durchlaufender Kredite

³ Durchschnitt aus den Beständen in den Monaten März, Juni, September, Dezember

⁴ nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung

⁵ nach Abzug der Gewerbesteuerumlage

Zahlenspiegel
Schleswig-Holstein

	1992	1993	1993			1994			
	Monatsdurchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
PREISE									
Preisindexziffern im Bundesgebiet* 1985 = 100									
Einfuhrpreise ¹	80,1	78,5	78,5	78,3	78,5	78,5	78,7	79,0	...
Ausfuhrpreise ¹	104,5	104,8	104,7	104,8	104,9	105,4	105,6	105,7	...
Preisindex für den Wareneingang des Produzierenden Gewerbes ¹	89,9	88,1	88,2	88,1	88,3	...	88,4	88,9	...
Erzeugerpreise						101,7	101,7	101,9	
gewerblicher Produkte ¹ 1991 = 100	101,4	101,4	101,6	101,5	101,4				...
landwirtschaftlicher Produkte ¹	91,9	84,7	87,2	86,1	86,6	86,0	p 85,8	p 87,5	...
Preisindex für Wohngebäude, Neubau, Bauleistungen am Gebäude	131,3	137,2	.	137,4	.	.	.	140,0	.
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex) ¹	100,8	...	100,9	100,7	100,6	101,3	101,5	p 102,0	...
Einzelhandelspreise	109,8	112,1	112,2	112,4	112,4	113,1	113,3	113,6	113,6
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	115,1	119,9	119,4	119,8	120,0	122,8	123,1	123,4	123,6
darunter für									
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	112,1	114,4	114,8	115,2	115,1	115,6	116,3	116,8	117,1
Bekleidung, Schuhe	113,3	116,4	116,0	116,4	116,4	117,8	117,9	117,9	117,9
Wohnungsmieten	123,8	131,1	129,9	130,4	130,9	135,7	136,2	136,6	137,1
Energie (ohne Kraftstoffe)	89,8	91,0	91,2	91,1	90,7	91,2	91,4	91,5	91,3
Möbel, Haushaltsgeräte u. a. Güter für die Haushaltsführung	114,4	118,0	117,5	118,0	118,1	119,9	120,1	120,3	120,3
LÖHNE UND GEHÄLTER									
- Effektivverdienste in DM -									
Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau mit Handwerk									
Bruttowochenverdienste									
männliche Arbeiter	899	930	917	.	.	.	956	.	.
darunter Facharbeiter	948	976	964	.	.	.	1 000	.	.
weibliche Arbeiter	640	665	655	.	.	.	686	.	.
darunter Hilfsarbeiter	610	633	623	.	.	.	655	.	.
Bruttostundenverdienst									
männliche Arbeiter	22,93	24,15	24,03	.	.	.	24,70	.	.
darunter Facharbeiter	24,31	25,51	25,38	.	.	.	26,10	.	.
weibliche Arbeiter	16,74	17,70	17,61	.	.	.	18,15	.	.
darunter Hilfsarbeiter	15,88	16,71	16,61	.	.	.	17,19	.	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit									
männliche Arbeiter (Stunden)	39,2	38,3	38,2	.	.	.	38,7	.	.
weibliche Arbeiter (Stunden)	38,2	37,6	37,2	.	.	.	37,8	.	.
Angestellte, Bruttomonatsverdienste									
in Industrie und Hoch- und Tiefbau mit Handwerk									
Kaufmännische Angestellte									
männlich	5 577	5 822	5 812	.	.	.	5 986	.	.
weiblich	3 867	4 024	4 040	.	.	.	4 084	.	.
Technische Angestellte									
männlich	5 712	5 967	5 967	.	.	.	6 110	.	.
weiblich	3 854	4 049	4 041	.	.	.	4 144	.	.
in Handel, Kreditinstituten und Versicherungsgewerbe									
Kaufmännische Angestellte									
männlich	4 475	4 735	4 734	.	.	.	4 870	.	.
weiblich	3 132	3 338	3 315	.	.	.	3 460	.	.
Technische Angestellte									
männlich	3 946	4 167	4 121	.	.	.	4 345	.	.
weiblich	3 094	3 242	3 120	.	.	.	3 397	.	.
in Industrie ² , Handel, Kreditinstituten und Versicherungsgewerbe zusammen									
Kaufmännische Angestellte									
männlich	4 808	5 071	5 070	.	.	.	5 214	.	.
weiblich	3 330	3 533	3 524	.	.	.	3 638	.	.
Technische Angestellte									
männlich	5 453	5 724	5 716	.	.	.	5 886	.	.
weiblich	3 725	3 925	3 889	.	.	.	4 032	.	.

¹ ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer

² einschließlich Hoch- und Tiefbau mit Handwerk

Hinweis: * Die Angaben beziehen sich auf das Bundesgebiet nach dem Gebietsstand vor dem 03.10.1990. Sie schließen Berlin (West) mit ein

Kreiszahlen Schleswig-Holstein

KREISFREIE STADT Kreis	Bevölkerung am 31.12.1993			Bevölkerungsveränderung im Dez. 1993			Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im Juni 1994 (vorläufige Zahlen)		
	insgesamt	Veränderung gegenüber		Überschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wanderungs- gewinn oder -verlust (-)	Bevölkerungs- zunahme oder -abnahme (-)	Unfälle	Getötete ²	Verletzte
		Vormonat	Vorjahres- Monat ¹						
		in %							
FLENSBURG	87 994	+ 0,1	+ 0,5	- 30	128	98	39	1	48
KIEL	248 931	- 0,2	- 0,1	- 72	- 367	- 439	180	1	222
LÜBECK	217 269	- 0,0	- 0,1	- 129	31	- 98	107	-	121
NEUMÜNSTER	82 014	- 0,0	+ 0,2	- 33	11	- 22	43	1	47
Dithmarschen	132 042	- 0,0	+ 0,5	- 59	33	- 26	66	1	91
Hzgt. Lauenburg	166 346	+ 0,0	+ 1,1	- 21	74	53	79	1	108
Nordfriesland	156 394	- 0,0	+ 0,8	- 31	- 1	- 32	100	3	142
Ostholstein	195 321	+ 0,1	+ 1,0	- 81	225	144	103	2	137
Pinneberg	278 913	+ 0,1	+ 1,0	- 94	279	185	145	1	184
Plön	124 145	+ 0,5	+ 0,5	- 65	677	612	78	-	103
Rendsburg-Eckernförde	253 721	+ 0,1	+ 0,7	- 46	275	229	136	-	171
Schleswig-Flensburg	184 623	+ 0,1	+ 1,1	- 27	241	214	88	4	125
Segeberg	231 104	+ 0,1	+ 1,3	- 52	381	329	122	3	155
Steinburg	131 478	+ 0,0	- 1,7	- 15	33	18	71	3	93
Stormarn	204 580	+ 0,1	+ 0,8	- 72	298	226	99	3	138
Schleswig-Holstein	2 694 875	+ 0,1	+ 0,6	- 827	2 318	1 491	1 456	24	1 883

KREISFREIE STADT Kreis	Verarbeitendes Gewerbe ³			Kraftfahrzeugbestand ⁵ am 01.01.1994		
	Betriebe am 30.06.1994	Beschäftigte am 30.06.1994	Umsatz ⁴ im Juni 1994 Mill. DM	ins- gesamt	Pkw ⁶	
					Anzahl	je 1 000 Einwohner ⁷
FLENSBURG	68	8 725	315	42 721	37 727	429
KIEL	132	18 740	329	118 904	105 349	423
LÜBECK	127	17 618	376	104 994	92 927	428
NEUMÜNSTER	70	8 564	132	44 686	39 275	479
Dithmarschen	71	6 968	344	83 088	67 705	513
Hzgt. Lauenburg	115	8 012	148	101 554	87 618	527
Nordfriesland	58	3 163	94	99 789	81 609	522
Ostholstein	89	6 712	165	113 958	97 644	500
Pinneberg	204	19 206	509	162 359	140 814	505
Plön	46	2 849	56	72 463	61 279	494
Rendsburg-Eckernförde	124	8 986	204	154 868	129 920	512
Schleswig-Flensburg	74	4 987	152	115 376	93 965	509
Segeberg	210	19 785	517	155 482	132 737	574
Steinburg	83	8 587	246	81 609	67 328	512
Stormarn	174	20 359	507	130 260	113 761	556
Schleswig-Holstein	1 645	163 261	4 093	1 582 111	1 349 658	501

¹ nach dem Gebietsstand vom 31.12.1993

² einschließlich der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen

³ Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

⁴ ohne Umsatzsteuer

⁵ Kraftfahrzeuge mit amtlichem Kennzeichen, ohne Bundespost, Bundesbahn und Bundeswehr

⁶ einschließlich Kombinationskraftwagen

⁷ Bevölkerungsstand: 31.12.1993

Anmerkung: Eine ausführliche Tabelle mit Kreiszahlen erscheint in Heft 5 und 11

Zahlen für Bundesländer

Bundesland	Bevölkerung		Arbeitsmarkt					Verarbeitendes Gewerbe ²		
	Einwohner am 30.09.1993		Arbeitslose Ende Juni 1994			Kurz- arbeiter Mitte Juni 1994	offene Stellen Ende Juni 1994	Be- schäftigte am 31.05.1994	Umsatz ³ im Mai 1994	
	in 1 000	Veränderung ¹	in 1 000	Veränderung ¹	Arbeitslosen- quote				in 1 000	in 1 000
		%		%						
Baden-Württemberg	10 222	+ 1,0	325,1	20,0	7,3	66,8	40,4	1 296	27 099	31
Bayern	11 847	+ 1,0	328,9	15,4	6,5	54,6	56,0	1 260	27 267	31
Berlin	3 472	+ 0,3	206,1	4,7	...	6,7	10,6	173	4 957	13
Brandenburg	2 546	+ 0,1	176,1	- 0,8	15,1	17,9	7,2	108	1 465	7
Bremen	683	- 0,5	39,6	9,0	13,5	5,2	1,3	74	2 272	42
Hamburg	1 704	+ 1,3	69,2	13,1	9,5	3,3	4,4	119	7 866	13
Hessen	5 964	+ 1,0	202,9	21,7	8,0	24,1	17,5	555	11 937	28
Mecklenburg-Vorpommern	1 850	- 1,1	137,3	- 5,7	16,2	8,0	6,5	52	828	20
Niedersachsen	7 634	+ 1,1	324,2	7,4	10,2	27,2	27,7	592	15 588	27
Nordrhein-Westfalen	17 745	+ 0,6	786,5	15,1	10,7	59,2	56,6	1 721	40 801	27
Rheinland-Pfalz	3 917	+ 1,2	128,5	17,0	8,1	16,2	21,8	334	8 420	36
Saarland	1 085	+ 0,3	51,2	11,3	12,0	2,5	3,0	116	2 435	32
Sachsen	4 615	- 0,8	318,9	7,0	15,5	30,0	17,5	217	2 822	10
Sachsen-Anhalt	2 784	- 0,6	226,3	4,1	17,7	25,7	10,4	140	2 039	11
Schleswig-Holstein	2 691	+ 0,7	94,6	9,2	8,3	4,7	11,7	163	3 891	21
Thüringen	2 534	- 0,6	179,0	- 1,9	15,5	19,8	5,8	121	1 675	12
Bundesrepublik Deutschland	81 291	+ 0,6	3 594,6	10,1	...	371,8	298,2	7 042	161 154	27
Nachrichtlich:										
Alte Bundesländer (einschl. Berlin-West)	65 666	+ 0,9	2 477,8	14,4	8,9	267,3	246,1	6 368	151 931	28
Neue Bundesländer (einschl. Berlin-Ost)	15 625	- 0,5	1 116,8	1,6	15,7	104,6	52,1	674	9 223	11

Bundesland	Bauhauptgewerbe			Wohnungs- wesen	Fremdenverkehr ⁵ im März 1994			Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden ⁶ im April 1994			
	Beschäftigte am 31.03.1994	Baugewerblicher Umsatz ³ im März 1994		Zahl der genehmigten Wohnungen im März 1994	Ankünfte	Übernachtungen		Unfälle		Verunglückte	
		in 1 000	Mill. DM			Ver- änderung ¹	Anzahl	Ver- änderung ¹	Anzahl	Ver- änderung ¹	Anzahl
	%			%							
Baden-Württemberg	174	2 170,3	+ 3,6	10 168	812 897	2 712 173	- 0,8	2 929	- 16,5	4 048	138
Bayern	237	2 794,3	+ 12,8	11 573	1 361 463	5 126 333	+ 2,0	4 681	- 2,5	6 534	140
Berlin	61	824,8	+ 4,9	1 381	237 034	594 392	- 8,8	1 414	+ 5,1	1 671	118
Brandenburg	57	543,3	+ 20,8	1 598	114 554	352 241	+ 40,6	1 134	+ 5,6	1 491	131
Bremen	10	143,5	- 3,8	137	38 742	78 385	- 3,9	289	- 9,7	355	123
Hamburg	22	406,9	- 12,6	505	186 385	346 940	+ 0,6	703	- 10,4	843	120
Hessen	90	1 144,9	+ 5,4	3 469	607 284	1 970 616	- 5,9	2 173	- 1,5	980	137
Mecklenburg-Vorpommern	47	453,2	+ 21,6	874	126 881	392 456	+ 15,9	667	- 11,5	900	135
Niedersachsen	117	1 485,0	+ 11,0	7 329	620 533	2 153 821	+ 3,0	2 945	- 9,5	4 051	138
Nordrhein-Westfalen	231	3 098,2	+ 5,0	8 870	930 981	2 778 224	- 4,9	5 957	- 12,0	7 808	131
Rheinland-Pfalz	58	693,5	+ 1,1	4 315	304 527	1 052 330	- 4,8	1 477	- 1,3	2 024	137
Saarland	16	170,6	- 7,2	700	48 421	169 480	+ 12,9	402	- 12,0	550	137
Sachsen	109	1 198,6	+ 69,6	2 090	216 056	610 105	+ 13,5	1 473	+ 0,3	1 931	131
Sachsen-Anhalt	85	848,5	+ 12,9	1 210	114 084	305 659	+ 17,1	1 039	- 2,8	1 396	134
Schleswig-Holstein	45	500,1	+ 6,4	2 373	245 202	1 118 292	+ 11,1	1 159	+ 0,3	1 530	132
Thüringen	65	649,8	+ 37,7	1 616	161 575	462 110	+ 17,9	856	+ 4,1	1 168	136
Bundesrepublik Deutschland	1 424	17 125,5	+ 10,9	58 208	6 126 618	20 223 557	+ 1,2	30 148	- 3,6	40 395	134
Nachrichtlich:											
Alte Bundesländer (einschl. Berlin-West)	1 043	13 223,6	+ 6,2	50 070	5 328 625	17 942 224	- 0,6	24 414	- 4,8	32 814	134
Neue Bundesländer (einschl. Berlin-Ost)	380	3 901,9	+ 30,4	8 138	797 994	2 281 333	+ 17,7	5 734	+ 1,5	7 581	132

¹ gegenüber Vorjahresmonat

² Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

³ ohne Umsatzsteuer

⁴ Anteil des Auslandsumsatzes am gesamten Umsatz in %

⁵ in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Betten

⁶ Schleswig-Holstein endgültige, übrige Länder vorläufige Zahlen

Erläuterungen

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen.

Der Ausdruck „Kreise“ steht vereinfachend für „Kreise und kreisfreie Städte“.

Allen Berechnungen liegen die ungerundeten Werte zugrunde.

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung.

Zeichenerklärung

- = nichts vorhanden
- 0 = mehr als nichts, aber weniger als die Hälfte der kleinsten in der Tabelle dargestellten Einheit
- . = Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
- ... = Zahlenangaben lagen bei Redaktionsschluß noch nicht vor
- r = berichtigte Zahl
- p = vorläufige Zahl
- s = geschätzte Zahl
- X = Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- / = Zahlenwert nicht sicher genug
- () = Zahlen haben eingeschränkte Aussagefähigkeit
- △ = entspricht

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel